

L) Fortsetzung der Tagesordnung

L.1) Stück Nr. 1, GZ: A8-68209/2016-6

Beschlüsse zum Voranschlag der ordentlichen Gebarung 2017

Beschlüsse zum Voranschlag der außerordentlichen Gebarung 2017

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der Tagesordnungspunkt 1 umfasst Beschlüsse zum Voranschlag der ordentlichen Gebarung 2017 und die Beschlüsse zum Voranschlag der außerordentlichen Gebarung 2017. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ist gegen die Stimmen von Grün, Swatek, SPÖ und KPÖ beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt wurde gegen die Stimmen von Grünen, Swatek, SPÖ und KPÖ beschlossen.

L.2) Stück Nr. 2, GZ: A8-28895/2017-2

Beschlüsse zum Voranschlag der ordentlichen Gebarung 2018

Beschlüsse zum Voranschlag der außerordentlichen Gebarung 2018

Bürgermeister Mag. Nagl:

Tagesordnungspunkt 2, Beschlüsse zum Beschlüsse zum Voranschlag der ordentlichen Gebarung für 2018 und zur außerordentlichen Gebarung 2018. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Dasselbe Abstimmungsverhältnis. Da waren auch die vielen Unterpunkte mit dabei.

Der Tagesordnungspunkt wurde gegen die Stimmen von Grünen, Swatek, SPÖ und KPÖ beschlossen.

L.3) Stück Nr. 3, GZ: A 1-045690/2016-6

Dienstpostenplan 2017/18; Beilage zum Voranschlag 2017/18

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der Dienstpostenplan ist im Stück 3 für 2017 und 2018 niedergeschrieben. Wer für diese Beilage zum Voranschlag ist, bitte auch um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Das ist ein einstimmiger Beschluss.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

L.4) Berichtete Stücke

L.4.1) Stück Nr. 4, GZ: A 5-028630/2017

SozialCard – Änderung der Anspruchsvoraussetzungen und des Leistungsbezuges

Berichterstatter: Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Bürgermeister Mag. Nagl:

Jetzt darf ich bitten, jetzt kommen wir zum Stück 4, SozialCard, die Änderung der Anspruchsvoraussetzungen und des Leistungsbezuges. Berichterstatter ist der Herr Stadtrat selbst.

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werter Gemeinderat! Ich mach es kurz. Wir haben über diese Änderungen im Ausschuss sehr lang diskutiert. Daher bedanke ich mich bei allen Parteien, weil wir inhaltlich sehr gut diskutiert haben. Einige Vorschläge habe ich auch einarbeiten lassen. Die SozialCard ist eine Errungenschaft der sozialen Stadt Graz, sie ermöglicht auch Menschen mit geringem Einkommen eine bessere Teilhabe an der Gesellschaft, aber auch Errungenschaften müssen weiterentwickelt werden. Deshalb haben wir hier eine Reform, die wir vorlegen.

Diese Reform hat drei wesentliche Punkte: Einmal die inhaltliche Reform, hier werden wir auch die Leistungen absichern bzw. die Leistungen auch ausbauen, wir werden zukünftig Sozialkarten-Inhabern bzw. den Familien und den Kindern einen günstigeren Zugang zu Sportvereinen ermöglichen. Hier wird es zukünftig in 250 Grazer Sportvereinen eine Ermäßigung von 20 % geben.

Zweiter Punkt ist die strukturelle Änderung. Zukünftig wird es die gesonderte Antragsstellung von zwei Leistungen geben, um die Treffsicherheit zu erhöhen. Und zwar geht es hier um den Energiekostenzuschuss und um die Weihnachtsbeihilfe. Wir modernisieren aber auch die Antragsstellung. Zukünftig wird man das Ganze auch online, ganz niederschwellig, machen können bzw. bisher war alles nur im Sozialamt möglich.

Zukünftig wird es das auch in den Servicestellen geben und der dritte Bereich, der von der Reform erfasst ist, ist der Bezieher-/Bezieherinnen-Kreis. Hier schaffen wir Integrationsanreize. Voraussetzung wird sein, dass man als Staatsbürger, EU-Bürger und EWR-Bürger 12 Monate in Graz gemeldet ist, für Drittstaats-Angehörige gilt eine andere Dauer, nämlich 5 Jahre. Aber auch Drittstaats-Angehörigen möchten wir einen früheren Genuss der SozialCard anbieten, wenn Sie bereit sind, das Sprachniveau auch auszubilden. Nämlich auf A2-Niveau und, wenn Drittstaats-Angehörige bereit sind, Werte- und Orientierungskurse zu machen und auch einen Nachweis zu erbringen, dann reduziert sich diese Zeit von fünf Jahren auf zwölf Monate.

Ich möchte auch dazu sagen, derzeit sind 15.000 Menschen im Besitz einer Sozialkarte. Dreitausend Menschen sind unbefristet dabei. Michi Ehmann, Bürgermeister a.D. Alfred Stingl, haben auch gesagt, es wäre gut, dass wir Mindestpensionisten ausnehmen. Diesen Vorschlag habe ich eingearbeitet, es waren auch einige Mindestpensionisten bei mir in der Sozialsprechstunde. Diese Menschen sind ausgenommen, was die gesonderte Antragsstellung betrifft.

Ich möchte abschließend nur eine Kritik üben an der KPÖ. Ich habe das auch im Ausschuss gesagt. Die KPÖ hat in ihrer Zeitung eine halbe Seite oder eine Seite dafür verwendet, den Menschen Angst zu machen, nämlich hier wurde beschrieben, dass Kurt Hohensinner Sozialabbau betreibt und Leistungen der SozialCard reduziert, zurückfährt. Das stimmt schlichtweg nicht. Und die KPÖ hat das auch gewusst vorher, dass ich gleich viel Budget wieder veranschlagen werde für die SozialCard, wir erhöhen nur die Treffsicherheit und ich finde es ein bisschen fahrlässig, wenn man mit den Gefühlen der Menschen Sozialpolitik betreibt. Diese Kritik müssen Sie sich an dieser Stelle anhören. Die Änderungen finde ich sehr gut, wir modernisieren die SozialCard und ich bitte um eine breite Zustimmung. *(Applaus)*

*Der Berichterstatter stellt namens des gemeinderätlichen Ausschusses für Soziales, Jugend und Familie, SeniorInnen gemäß § 45 Abs. 1 und 2 Ziff. 14 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl 130/1967 idF LGBl 45/2016 den **Antrag**, der Gemeinderat wolle die Änderungen hinsichtlich der Anspruchsvoraussetzungen, wie im Motivenbericht dargestellt, beschließen.*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke. Gibt es dazu Wortmeldungen? Bitte, Frau Ribo.

Gemeinderätin Ribo, MA:

Liebe KollegInnen! Sehr geehrte Gäste! Es überrascht nicht wirklich, dass wir mit dieser Änderung nicht viel anfangen können bzw. dass wir sie nicht gutheißen. Modernisierung hast du es genannt, Kurt. Also ich nenne es Restriktionen beim Zugang zu Sozialleistungen. Die stellen einen herben Rückschritt bei der Armutsbekämpfung und bei der Integration dar. Sie sind nichts anderes als ein völliger Bruch mit der bisher über beinahe alle Parteien, euch ausgenommen, gepflegten Sozialpolitik in der Menschenrechtsstadt Graz. Ich weiß nicht, ob das jetzt wirklich..., ob ich mich gut erinnern kann... (*Applaus*)

...aber soweit ich zurückdenke, war das so, dass die SozialCard eingeführt wurde, um die Menschen, die in Armut leben, bei der Bewältigung ihres Alltags unbürokratisch zu unterstützen. Also, dass sie jetzt bei jeder einzelnen Leistung wieder den Gang zur Behörde suchen müssen, ist eine reine Schikane.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Ribo, MA:

Doch das stimmt, liebe Sissi. Es stimmt.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Ribo, MA:

Ein kleiner Hinweis auch, ich sehe sie jetzt nicht, doch Martina, die christliche Sozialsprecherin, du weißt, worauf ich hinausmöchte, dein Facebook-Posting, ich glaube, du hast es gleich danach sehr bereut. Du hast es sehr bereut, ein Posting mit dem Wort zu beginnen: Ich, als Christin. Ich meine, wir sind hier in der Politik. Religion und Politik soll man wirklich trennen, aber für dich trotzdem ein kleiner Tipp, Empowerment, bitte lies im Lexikon nach oder google es einfach. Also, ich glaube, du verstehst es falsch.

Unverständliche Zwischenrufe (Applaus)

Gemeinderätin Ribo, MA:

Lieber Kurt, zu dir komm ich jetzt auch noch. Du hast bei deiner Budget-Rede...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Ribo, MA:

...du hast bei deiner Budgetrede, das habe ich mir genau aufgeschrieben, gesagt, mein Ressort ist ein Menschenressort. Also bitte, setz dir nicht das Ziel, es diesen Menschen, die es eh schwer genug haben, das Leben noch schwerer zu machen. Ich habe mir sagen lassen, du kommst aus dem Sozialbereich und was ich wirklich nicht verstehe, dass jemand, der im Sozialbereich selber einmal tätig war, mit diesen Änderungen mit kann. Also, da ist..., da komme ich nicht mit. Nutze das große Budget, 150 Millionen, ja, das ist viel Geld, nutze dieses Budget, um den Zugang zu den Leistungen für die Menschen zu erleichtern.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Ribo, MA:

Diese Leistungen stehen den Menschen gesetzlich zu.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Ribo, MA:

Es ist aber kein Geschenk von dir, auch wenn du dich als Super-Stadtrat siehst und so bezeichnest.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Ribo, MA:

Ich lasse euch jetzt eine Minute, bitte regt euch alle ab. Geht's noch? Heute ist..
Geht's? Gibt's noch...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Ribo, MA:

Nach mir kann man sich auch zu Wort melden, liebe Kollegen. Ich weiß heute habe ich auch mit meiner Budgetrede den Herrn Finanzstadtrat sehr verärgert, aber die Wahrheit tut weh, ja, so ist es. Also bitte...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Ribo, MA:

... uns kannst du diese Änderungen nicht als Modernisierung verkaufen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herrn Gemeinderat und Klubobmann Ehmman darf ich bitten.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Herr Bürgermeister! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren auf der Galerie! Nein, es ist natürlich keine gesetzliche Leistung, es ist eine freiwillige Leistung, die unter der Vizebürgermeisterin... (*Applaus*)

Ihr werdet gleich aufhören zum Klatschen, glaube ich, ...die man unter der Vizebürgermeisterin a.D., Martina Schröck damals eingeführt haben, gemeinsam verhandelt wurde und...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

...und seit damals Bestand hat und selbstverständlich auch bei mir Bestand gehabt hat und nun verändert wird. Vielleicht das Positive zuerst. Die Erweiterung auf Sportvereine bzw. der Zugang online zur Beantragung, wobei ursprünglich hätte man sich die Beantragung erspart, weil über die Gebührenbefreiung hätte wir es automatisiert bekommen. Aber gut. Nun eine Online-Möglichkeit der Beantragung, das will ich einmal nicht negativ sehen. Und auch die Erweiterung auf die Vereine will ich nicht negativ sehen.

Was ich aber schon ein bisschen kritisch sehe, ist die Treffsicherheit, die hier angesprochen wird oder vorgegeben wird, weil ich weiß nicht, was da treffsicher sein soll, wenn ich eine Weihnachtsbeihilfe oder einen Heizkostenzuschuss, der bei Gebührenbefreiung zustehen würde, also bei gebührenbefreiten Personen, die anspruchsberechtigt sind auf die SozialCard, auf die freiwillige Leistung der Stadt Graz, was da treffsicher sein soll, wenn der es sich aussuchen kann oder sie, ob sie es nimmt oder nicht, weil ich glaube, gebührenbefreite Menschen sind nicht umsonst gebührenbefreit, sondern haben eben kein leichtes Leben.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Ja, ja. Und daher verstehe ich, wie gesagt, die Begrifflichkeit, die Treffsicherheit im Zusammenhang damit nicht ganz. Also das ist, das würde ich nicht so sehen. Ich glaube, jenen Menschen wäre sehr geholfen, wenn sie hier das abholen können. Sie können es auch zukünftig weiterhin abholen, ja. Über die Gebührenbefreiung haben sie weiterhin die Anspruchsberechtigung. Aber, wo die Kürzung impliziert ist, das ist nämlich das Thema, was auch von einer jungen Kollegin angesprochen wurde, wo sie das über Kürzung argumentiert hat. Die indirekte Kürzung könnte damit verbunden sein, dass man sagt, durch eine erschwerte Antragsstellung, sprich, dass ich hingehen muss, ansuchen muss oder dass es mir heimgeschickt wird, weil die technische Abwicklung steht ja noch nicht ganz fest.

Ich habe es im Ausschuss bei der Abteilungsvorständin hinterfragt, das heißt, die technische Abwicklung ist noch nicht ganz klar. Das heißt, wenn jetzt der Antrag nach Hause geschickt wird und er wird zu Hause ausgefüllt und wird dann wieder retourniert postalisch, Porto beim Empfänger einheben, quasi was die Stadt dann zusätzlich an Aufwand hat und gleichzeitig an Bearbeitung hat, weil natürlich muss jene Anträge, die zurückkommen, auch jemand bearbeiten. Also, da habe ich ein bisschen Sorge, dass das ein bisschen verteuert wird in diesem Bereich sogar unnötigerweise.

Weil, wenn man es automatisch auszahlt, würde man sich das ersparen. Und das ist ein bisschen meine Sorge in den ganzen Bereichen. Aber die Ausweitung, wie gesagt, und andere Dinge begrüße ich. Dass du darauf eingegangen bist als Stadtrat, dass du Ausgleichzulagenbezieherinnen hier ausgenommen hast, das freut mich. Das war auch ursprünglich ein großer Kritikpunkt, den wir gehabt haben, dass du dieser Forderung nachgekommen bist, das möchte ich auch positiv erwähnen.

Aber wie gesagt, einige Faktoren sind dabei, die eine Erschwernis und durchaus eine Hürde implizieren und daher werden wir diesem Antrag oder bzw. dieser Änderung der Anspruchsvoraussetzungen des Leistungsanspruchs nicht folgen. Danke. (*Applaus*)

Unverständliche Gespräche im Hintergrund

Bürgermeister Mag. Nagl:

Frau Gemeinderätin, bitte.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie! Wie ich heute ja schon einmal erwähnt habe, arbeite ich persönlich auch im Integrationsbereich als Beraterin. Deswegen habe ich eine sehr praxisnahe Einschätzung zum Thema SozialCard, die ich an dieser Stelle gerne mit euch teilen möchte.

Die SozialCard ist für die Zielgruppe, mit der ich arbeite, nämlich anerkannte Flüchtlinge, eine sehr wesentliche Unterstützung. Eben, weil in der ersten Zeit nach Anerkennung des Flüchtlingsstatus es sehr schwierig ist, eine Arbeit zu finden, sehr schwierig ist, eine Wohnung zu finden und ganz viele Probleme auf einmal sozusagen die Menschen bewältigen müssen, beziehen viele am Anfang die Mindestsicherung.

Das ist nicht sehr viel Geld, das dann zur Verfügung steht und umso wichtiger ist es auch, einen günstigen Zugang zum öffentlichen Verkehr zu haben, wie er eben mit der SozialCard möglich ist.

Wie es jetzt vorgesehen ist, nämlich eine frühe Beantragung der SozialCard für Flüchtlinge an das Erreichen des A2-Niveaus zu knüpfen, erscheint mir sehr problematisch, ich habe es im Ausschuss eh auch schon angesprochen aus mehreren Gründen. Wenn Flüchtlinge während des Asylverfahrens außerhalb von Graz untergebracht sind, haben sie meistens keine Möglichkeit, einen intensiven Deutschkurs zu besuchen. Auch wenn sie gerne möchten und sehr motiviert sind, ja. Einige von ihnen kommen dann, wenn sie als Flüchtlinge anerkannt sind, nach Graz, müssen Wohnung suchen, freuen sich, dass sie hier Ausbildungsmöglichkeiten haben, starten im Deutschkurs, aber es ist klar, dass sie nicht binnen kürzester Zeit auf Niveau A2 kommen können, ja.

Unverständlicher Zwischenruf.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Und diesen Menschen durch die Änderung, wie sie vorgesehen ist, Steine in den Weg zu legen, erscheint mir als sehr schade und als der Integration wirklich nicht förderlich. Und dann möchte ich auch noch einmal dich, Martina, ansprechen. Wieso eine Maßnahme, die Menschen Mobilität und Teilhabe an der Gesellschaft erschwert, als Empowerment verkauft werden kann, ist mir echt schleierhaft. Denn es sind ja beispielsweise afghanische Frauen, die unter den Taliban nicht die Schule besuchen dürfen, die deswegen einfach ganz große Lücken teilweise in der Bildung haben und länger brauchen als andere, A2 zu erreichen. Und diese Frauen leiden dann unter so einer Regelung. Ganz allgemein haben Menschen unterschiedliche Lernschwierigkeiten. Je nachdem, wie sie Bildung bisher in ihrem Leben erfahren durften. Je nachdem auch, was die Muttersprache ist.

Jemand, der lesen und schreiben in der lateinischen Schrift gelernt hat, tut sich natürlich viel leichter, A2 schriftlich zu erreichen, als jemand, der nur arabische Schrift kennt und erst einmal sich das Alphabet erarbeiten muss. Und ich finde es einfach schade, diese Menschen, die aus verschiedenen Gründen einfach länger brauchen, dieses Sprachniveau zu erreichen, so pauschal zu bestrafen, wie das jetzt passiert.

Wenn ihr wirklich Anreize für Integrationsleistungen setzen wollt, dann müssen das Anreize sein und nicht der Wegfall von wichtigen Sozialleistungen. Menschen, die sowieso schon benachteiligt sind und die es sowieso schon schwerer haben, werden durch solche Maßnahmen nicht zu besseren Leistungen motiviert, sondern zunehmend in die Verzweiflung getrieben, wie man in meiner Arbeit wirklich feststellen kann.

Abschließend eine Einladung, besonders an Mandatiere von ÖVP und FPÖ, ich würde mir echt wünschen, dass einige von euch einmal nicht nur für eine Stunde in einer Flüchtlingsseinrichtung auf Besuch sind und einen Fototermin absolvieren, sondern wirklich einmal eine Woche lang oder zumindest einen Tag lang dabeisitzen und sich die tagtägliche Arbeit anschauen und sehen, wie viel diese Menschen leisten, welche Hürden sie bewältigen und dann würde ich euch bitten, euch noch einmal zu fragen, ob es wirklich nötig ist, diesen Menschen, die wirklich furchtbare Dinge erlebt haben und sich großteils wahnsinnig bemühen, schnell Anschluss in unserer Gesellschaft zu finden, zusätzliche Steine in den Weg zu legen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Herr Gemeinderat Swatek, bitte.

Gemeinderat Swatek, BSc:

Werter Bürgermeister! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Und liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne! Als Liberaler glaube ich, dass ein soziales Netz immer treffsicher und gut geschnürt sein sollte. Und als Liberaler glaube ich auch, dass die Bürger willig genug sind, selbst zu entscheiden, ob sie um einen Energiekostenzuschuss oder eine Weihnachtshilfe ansuchen. Ich verstehe die Kritik daran, dass man das jetzt separat ansuchen muss, dass da vielleicht ein Mehraufwand ist. Es ist uns aber auch im Ausschuss auch versprochen worden, dass das evaluiert wird, falls das Probleme verursacht.

Ich glaube auch, dass so wie Sie halt gesagt haben, Herr Ehmann, dass man in der Opposition nicht in die totale Opposition gehen sollte, dass man immer nein sagen sollte und ich begrüße die Erweiterung um das Sportangebot und ich begrüße auch, dass man in Zukunft online abstimmen wird. Und deswegen werde ich dem Antrag zustimmen. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Stadträtin Elke Kahr, bitte.

Stadträtin Kahr:

Ich hätte mich eigentlich gar nicht mehr zu Wort gemeldet, aber weil der Stadtrat Hohenegger die KPÖ angesprochen hat und das Stadtblatt, für das ja die KPÖ Graz auch verantwortlich ist. Wir haben da gesprochen von den Zugangsbestimmungen, dass sich die für viele erschweren werden. Und da muss ich dir jetzt nämlich, und indirekt bedeutet das ja letztendlich für den Einzelnen dann eine Kürzung. Und das teile ich nicht so, wie der Kollege Swatek das sagt.

Mit diesem, natürlich sagt man leicht dahin, das Selbstbestimmungsrecht des Menschen, jeder muss ja wissen, was er will. Und wenn er ein Geld will, so salopp gesagt, dann muss er auch bereit sein hinzugehen. Aber da darf ich dir wirklich was sagen, dass die ganzen 20 Jahre, wo ich wirklich viel, und nicht, weil ich mir so viel einbilde darauf, aber ich habe wirklich mit tausenden Leute im Jahr zu tun, darunter Gott sei Dank sind viele gesund, aber sehr viele Leute auch krank. Und da will ich gar nicht auseinanderdividieren, ob In- oder Ausländer.

Und wenn wir diesen Leuten, und das wird auch noch mein Kollege, der Herr Stadtrat Eustacchio, sehen, auch in Zusammenhang mit den Gemeindewohnungen, wenn man manchen Leuten nicht zur Seite steht, und da sind manchmal auch die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter überfordert, dann werden die vieles im Leben nicht bewerkstelligen können. Das braucht es einfach. Und wir haben 1996, ich bin genau da, wo du jetzt gesessen bist, den ersten Dringlichkeitsantrag wegen den Sozialpassungen, wie er damals genannt, hier im Haus gestellt. Es hat 16 Jahre lang gebraucht, bis er dann umgesetzt worden ist.

Wir sind froh, dass es dann so gekommen ist, ich hoffe, dass wir nicht so lange warten müssen wieder, bis sozusagen die Erkenntnis eintritt, dass sozusagen dieser Weg, den man jetzt gehen möchte, und ich glaube auch nicht mehr, dass wir uns da gegenseitig überzeugen werden, jetzt davon abzugehen. Aber dass es nicht mehr so lange brauchen wird, bis man draufkommt, dass das der falsche Weg ist.

Weil wir haben es aus einem Grund, aus gutem Grund, und die Kollegin Potzinger und viele andere damals im Sozialausschuss wissen das, gesagt, wir wollen das so einfach wie möglich und unbürokratisch wie möglich machen. Für die Betroffenen, aber auch für die Beschäftigten. Und jeder, der in dem Bereich tätig ist, der weiß, dass je mehr du zusätzliche Hürden einbaust, desto komplizierter wird es.

Es wird unübersichtlich, weil der Heizkostenzuschuss vom Land zum Beispiel, wenn nicht jemand gerade zufällig an dem Tag, wo das in der Kleinen Zeitung steht, in einem kleinen Satz steht, der weiß das gar nicht, dass es den gibt. Und schon gar nicht, dass es den nur gegeben hat, wenn du keine Wohnbeihilfe oder jetzt Wohnunterstützung kriegst.

Die Menschen sind mit dieser Flut von möglichen oder tatsächlichen Leistungen oder Unterstützungen, die es Gott sei Dank gibt, überfordert, viele. Und wenn wir haben wollen, dass wir den Menschen helfen, und ich glaube, das ist doch mehrheitlich immer der Wunsch, dann darf man so einen Weg nicht gehen. Und das ist das, was wir kritisieren. Und dabei bleiben wir auch. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich war damals mit dabei in der damaligen Finanzausgleichsverhandlung zum Thema Mindestsicherung, und das war eine ziemlich chaotische Sitzung damals, auch kurz vor Neuwahlen kam es zu dieser Regelung, wobei man einmal prinzipiell zwischen ÖVP und SPÖ auf Bundesebene damals verhandelt hat und gesagt hat, wir wünschen uns so was wie eine Mindestsicherung für jene Menschen, die in eine schwierige Situation in ihrem Leben geraten, wir wünschen uns dazu, damalige Forderung auch der ÖVP, ein Transparenzkonto und wir wünschen uns, dass zusätzliche Transferleistungen dann auch einmal beendet werden, weil überhaupt niemand mehr einen Überblick hat, wer was in dieser Republik Österreich von Seiten des Staates, des Landes, der Gemeinden tatsächlich bekommt.

Leider ist es danach nie mehr wirklich zur Umsetzung eines Transparenzkontos gekommen, unter den fadenscheinigsten Ausreden, etc. Aber ich halte das noch immer für einen ganz wichtigen Punkt. Ich würde als Bürgermeister, um sozial treffsicher sein zu können, um genau zu beurteilen, wem es wie geht, gerne wissen, was er tatsächlich bekommt oder nicht bekommt. Wo ich ihm vielleicht sogar helfen könnte, noch was anzusuchen, etc.

Wir haben damals gesagt, ja, also du hast einmal die Überbrückung der 844, keine weiteren Transfers. Die Sozialdemokratie auf Landesebene hat diese Weihnachtsbeihilfe einfach gestrichen. Ich weiß jetzt nicht mehr, welche Soziallandesrätin es war, aber das ist einfach einmal rausgekommen, das gibt es bei uns nicht.

Zwischenruf Stadträtin Kahr: Die Stadt hat auch die Osterbeihilfe gestrichen, darf man auch nicht vergessen.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Noch einmal. Es kommt immer wieder etwas dazu, aber wir haben auch, wenn ich so sagen darf, mittlerweile in Wien, und das sind die Dinge, wo ich gesagt habe, bitte gewisse Dinge nicht einfach verschweigen und sagen, das gibt es alles nicht, zweihunderttausend Mindestsicherungsbezieher mittlerweile in Wien. In Graz sind wir jetzt bei 9.800 Personen. Zweihundert aus dem...

Unverständlicher Zwischenruf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Es kann überhaupt gar keiner mehr sagen. Mir hat die deutsche Lösung und die wird mittlerweile durchaus als positiv gesehen und auch als sozial gesehen. Als Hartz IV eingeführt wurde, ist in Deutschland auch über den Mindestlohn debattiert worden. Nur wenn in der Republik das ganze Geld im Sozialbereich ausgegeben wird, werden wir uns auch schwertun, weiteren Belastungen auch in den Unternehmungen zustimmen zu können, weil es geht sich halt irgendwann einmal in der Wettbewerbsfähigkeit auf der Welt nicht mehr ganz aus.

Und damals war auch die Debatte, ob wir ein 13. oder 14. machen oder nicht. Aber das, was Kurt Hohensinner jetzt vorschlägt, und da gibt es ja spannende Dinge auf dem Rücken der Ärmsten und, und, und.

Ja, also da wird jetzt das Beispiel gebracht, es gibt die afghanische Mutter oder Alleinerzieherin, die plötzlich ein Problem hat. Man muss schon dazu sagen, wir reden in Graz kaum über Frauen aus Afghanistan. Wir reden in Graz in erster Linie weit über 90 % afghanische junge Männer, die dahergekommen sind. Und wir haben mittlerweile, auch was Zuwanderer anbelangt, eine unglaublich starke Rate an dauerhaften gänzlichen Mindestsicherungsbeziehern. Und das hat etwas mit einem Bildungsangebot zu tun, da brauchen wir gar nicht darüber reden. Da müssen wir auch viel tun.

Aber wir haben auch damals mit der Frau Vizebürgermeisterin Martina Schröck gesagt, wir wollen diese Card einführen, das passt auch. Da gibt es viele Zusatzgoodies, die die Stadt auch machen kann. Sie ist dann nur einmal auch mit der Idee gekommen und war auch nicht mehr davon abzubringen, wir zahlen das automatisch alles aus. Ich glaube, abgedeckt ist das, weil wir gesagt haben, das soll die Seniorinnen und Senioren, die Mindestpensionistinnen und Mindestpensionisten und auch Menschen mit Behinderung nicht treffen.

Aber da bin ich auch beim Herrn Swatek, einmal deutlich zu sagen, ja, wie ernst nehmen wir denn noch Menschen, wenn wir sagen, seid ihr in der Lage, quasi da noch überhaupt anzusuchen oder nicht? Im 21. Jahrhundert! Das ist kein Problem. Ja, dass man darum ansucht und deswegen glaube ich, ist es ein guter Vorschlag und ich freue mich, dass es unserem zuständigen Stadtrat jetzt auch gelungen ist, über Sport und andere Bereiche, wie es der Swatek auch schon gesagt hat, zusätzliche Angebote diesem Personenkreis auch zukommen zu lassen.

Bitte, Herr Stadtrat.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Ich möchte nur kurz replizieren auf das, was du gesagt hast. Ich habe das auch im Ausschuss schon erklärt. Es gibt natürlich auch Menschen, die zuziehen, die Analphabeten sind. Aber da habe ich im Ausschuss erklärt, die sind wirklich verschwindend wenige und für die haben wir Kurse und wenn es Leute gibt, die in innerhalb von einem Jahr das Niveau A2 nicht lernen, dann komm bitte mit diesen Leuten zu mir ins Büro. Es werden, und das möchte ich hier noch einmal ganz klar sagen, keine Leistungen gestrichen oder reduziert. Keine. (*Applaus*)

Es ist wieder das genaue gleiche Budget für die SozialCard eingestellt wie im letzten Jahr. Wir strukturieren noch um und ich möchte nur kurz zur Elke Kahr was sagen, weil es jetzt heißt, ja, ihr habt das nie gesagt mit den Kürzungen. In der Kleinen Zeitung in der Ausgabe vom 24. Juni, Zitat wortwörtlich: „Da werden Kürzungen bei der SozialCard als Empowerment für Frauen verkauft.“ Das sagt die Christine Braunersreuther.

Also ihr habt wirklich da Angst gemacht, bei mir in der Sozialsprechstunde, immer mittwochs, waren Leute, die haben Angst gehabt, dass ich Leistungen kürze. Ich habe ihnen nachher die neuen Richtlinien erklärt, und keine Person, die bei mir verunsichert reingegangen ist ins Büro, ist verunsichert rausgegangen. Die haben das wirklich akzeptiert. (*Applaus*)

unverständlicher Zwischenruf von Stadträtin Kahr

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Entschuldigung, alle die bei mir waren, Frau Stadträtin Elke Kahr, alle die bei mir waren, denen habe ich das erklärt und die haben auch gesagt, es ist zumutbar. Im Ausschuss hat, glaube ich, eine Kollegin deiner Partei gesagt, das ist entmündigend, wenn man erwartet, dass die Leute einmal im Jahr das beantragen. Ich bin da beim Kollegen Swatek, mündige Bürger, wenn man ihnen das zumutet, die können das einmal im Jahr. Und wir wollen ja, dass die Leute rausgehen in die Gesellschaft und das ist zumutbar. Und glaube mir, ich werde auch jeden und jede, die da ein Problem hat, bei mir in der Sozialsprechstunde empfangen, das ganz genau erklären und wir haben keine Leistungen reduziert. Und ich glaube, dass die SozialCard für die Zukunft so besser aufgestellt ist. *(Applaus)*

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wer für dieses Stück ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Gegen die Stimmen von Grün, SPÖ und KPÖ beschlossen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Grünen, SPÖ und KPÖ beschlossen.

L.4.2) Stück Nr. 5, GZ: A 8-21515/2006-220

Rückführung GBG-Immobilien - Grundsatzbeschluss

Berichterstatter: Gemeinderat Schwindsackl

Bürgermeister Mag. Nagl:

Rückführung des GBG Immobilienvermögens, Grundsatzbeschluss. Berichterstatter ist der Herr Gemeinderat Schwindsackl. Den Vorsitz darf ich an den Herrn Stadtrat Hohensinner übergeben.

Vorsitzwechsel – Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Schwindsackl:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Geschätzter Stadtsenat! Werte Damen und Herren! Und die Damen und Herren auf den Galerieplätzen! Die Rückführung GBG-Immobilien ins Haus Graz ist einfach ein wirtschaftliches Gebot der Stunde. Die seinerzeitige Überlegung der Ausgliederung hatte mit Maastricht-Kriterien zu tun, hatte auch mit der Vorsteuerabzugsberechtigung zu tun. Und ist im Laufe und vor allem auch durch die Analyse, die von der Finanzdirektion in Auftrag gegeben wurde, auch entsprechend als überholt titulierte worden.

Das heißt, die Analyse kommt zu diesem Ergebnis, dass ein Großteil der Immobilien auch künftig dauerhaft für städtische Zwecke im Einsatz sein sollten natürlich. Und die GBG als Gesellschaft sollte weiterhin auch bestehen bleiben. Die Tätigkeitsfelder sind ja soweit bekannt. Das ist in erster Linie von der GBG die Vermietung, hauptsächlich an die Stadt Graz; die operative Tätigkeit, wie das Baumanagement, wie die Werkstätten, die Hausverwaltung, Reinigungsservice und Forst. Es ist, glaube ich, ein wesentlicher Punkt auch gerade in Zusammenhang mit den nun veränderten Bedingungen und daher die Rückübertragung von Aufgaben und Immobilien vorzunehmen. Der Stadt Graz sollten die Aufgaben der Verwaltung, Bewirtschaftung und Verwertung entsprechend übertragen werden.

Der Antrag, den ich nun zur Verlesung bringe:

Der Gemeinderat wolle nach § 87 Folgendes beschließen: Die Finanzdirektion wird beauftragt, bis Jahresende 2017 die Rückübertragung der Aufgaben Verwaltung, Betriebswirtschaft und Verwertung und die Rückeingliederung der von der Stadt Graz benutzten GBG-Immobilien, unter Minimierung der Transaktionskosten und Berücksichtigung möglichst aller in diesem Zusammenhang erkennbaren Effizienz- und Strukturverbesserungspotentiale, vorzubereiten, mit der Finanzbehörde abzustimmen und entsprechende Ausführungsbeschlüsse vorzulegen. Das wäre der entsprechende Antrag.

*Der Berichterstatter stellt im Sinne des vorstehenden Motivenberichts namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 i.V.m § 45 Abs. 2 Z 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130/1967, i.d.F. LGBl Nr. 45/2016, beschließen: Die Finanzdirektion wird beauftragt, bis Jahresende 2017 die Rückübertragung der Aufgaben Verwaltung, Bewirtschaftung und Verwertung und die Rückeingliederung der von der Stadt Graz benutzten GBG-Immobilien, unter Minimierung der Transaktionskosten und Berücksichtigung möglichst aller in diesem Zusammenhang erkennbaren Effizienz- und Strukturverbesserungspotentiale, vorzubereiten, mit der Finanzbehörde abzustimmen und entsprechende Ausführungsbeschlüsse vorzulegen.*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Herr Gemeinderat. Gibt es dazu Wortmeldungen oder Abänderungsanträge? Dann hätte ich gesagt, bitte, Herr Gemeinderat Eber, Klubobmann Eber und dann Frau Kollegin.

**L.4.2.1) Abänderungsantrag von Gemeinderat Klubobmann Eber zu
Stück Nr. 5, GZ: A 8-21515/2006-220
Rückführung GBG-Immobilien - Grundsatzbeschluss**

Gemeinderat Klubobmann Eber:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Kurt! Danke dem Kollegen Schwindsackl, jetzt ist er mir schon wieder entwischt, für die Erläuterungen. Du hast das eh sehr gut ausgeführt in aller Kürze. Und wir halten das grundsätzlich natürlich für einen positiven Schritt, der da erfolgen soll. Als Begründung für den Vorschlag, operative Tätigkeiten in der GBG zu belassen, wird letztlich lediglich die Möglichkeit angeführt, niedrigere Personalkosten zu haben.

Aus diesem Grund, aber auch aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung wäre es aus unserer Sicht aber durchaus sinnvoll, nicht nur ausgegliederte Teile der GBG zurückzuführen, sondern letztlich die GBG insgesamt aufzulösen und ihre Aufgaben und Immobilien wieder in die städtischen Verwaltungsstrukturen einzugliedern. Ich darf daher folgenden Abänderungsantrag namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stellen: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die Finanzdirektion wird beauftragt, bis Jahresende 2017 die Rückübertragung aller operativen Tätigkeiten, die Rückeingliederung sämtlicher GBG-Immobilien sowie die Auflösung der GBG vorzubereiten, mit der Finanzbehörde abzustimmen und entsprechende Ausführungsbeschlüsse vorzulegen. Dabei sollen eine Minimierung der Transaktionskosten angestrebt sowie möglichst alle in diesem Zusammenhang erkennbaren Effizienz- und Strukturverbesserungspotentiale berücksichtigt werden.

Ich ersuche um Annahme. (*Applaus*)

Gemeinderat Eber stellt namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Abänderungsantrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen: Die Finanzdirektion wird beauftragt, bis Jahresende 2017 die Rückübertragung aller operativen Tätigkeiten, die Rückeingliederung sämtlicher GBG-Immobilien sowie die Auflösung der Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH (GBG) vorzubereiten, mit der Finanzbehörde abzustimmen und entsprechende Ausführungsbeschlüsse vorzulegen. Dabei sollen eine Minimierung der Transaktionskosten angestrebt sowie möglichst alle in diesem Zusammenhang erkennbaren Effizienz- und Strukturverbesserungspotentiale berücksichtigt werden.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Dankeschön für den Abänderungsantrag. Zu Wort gemeldet hat sich Bedrana Ribo. Bitte, Frau Gemeinderätin.

**L.4.2.2) Abänderungsantrag von Gemeinderätin Ribo, MA zu
Stück Nr. 5, GZ: A 8-21515/2006-220
Rückführung GBG-Immobilien - Grundsatzbeschluss**

Gemeinderätin Ribo, MA:

Liebe KollegInnen! Liebe Gäste! Gleich am Anfang möchte ich einen Fehler zugeben. Ja, bei der SozialCard handelt es sich nicht um gesetzliche Leistungen, sondern um eine von der Stadt Graz freiwillige Leistung. Ich stehe auch zu diesem Fehler.

(Applaus)

Ok, weiter. Abänderungsantrag zur Rückführung GBG-Immobilien. Es ist grundsätzlich so, dass wir diese Eingliederung bei der Stadt Graz als sinnvoll erachten. Wir haben das nicht gestern, sondern im Finanzausschuss davor auch diskutiert. Der Herr Dr. Kamper hat das auch erklärt, hat uns ja auch sagen können, was sich die Stadt Graz dadurch auch ersparen wird, ist alles nachvollziehbar. Sehen wir genauso. Uns geht es aber um den Punkt 2. operative Tätigkeiten. Bisher war das aber so, dass eben die Verluste aus diesen operativen Tätigkeiten, bei der GBG und insbesondere im Reinigungsbereich war das so, dass sie eben in der Vergangenheit durch Erlöse, aus Vermietungen und Grundstücksverkäufe kompensiert wurden.

Wenn eben jetzt aber nun die Immobilien sowie die Aufgaben Verwaltung, Bewirtschaftung und Verwertung zur Stadt Graz hin übertragen werden, ist uns wichtig, dass sichergestellt wird, dass es ein langfristiges Bekenntnis dazu gibt, den operativen Bereich innerhalb der GBG absichern zu wollen.

Daher stelle ich eben folgenden Abänderungsantrag, der ist zwar etwas länger, aber ich lese ihn jetzt vor. Und zwar: Die Finanzdirektion wird beauftragt, bis Jahresende 2017 die Rückübertragungen der Aufgaben Verwaltung, Bewirtschaftung und Verwertung und die Rückeingliederung, die von der Stadt Graz benutzten GBG-Immobilien, unter Minimierung der Transaktionskosten und Berücksichtigung möglichst aller in diesem Zusammenhang erkennbaren Effizienz- und Strukturverbesserungspotentiale, vorzubereiten, mit der Finanzbehörde abzustimmen und entsprechende Ausführungsbeschlüsse vorzulegen. Festgehalten wird dabei, dass die genannten operativen Tätigkeiten dauerhaft bei der GBG verbleiben und nicht außerhalb des Hauses Graz an Dritte vergeben werden sollen. An den im Rahmen der Reform Haus Graz getroffenen Vereinbarungen, insbesondere Reinigungskräfte über der marktüblichen Bezahlung zu entlohnen, wird festgehalten. Ich bitte um Annahme. Danke. (*Applaus*)

Gemeinderätin Ribo, MA, stellt namens des Grünen Gemeinderatsklub folgenden Abänderungsantrag: Die Finanzdirektion wird beauftragt, bis Jahresende 2017 die Rückübertragung der Aufgaben Verwaltung, Bewirtschaftung und Verwertung und die Rückeingliederung der von der Stadt Graz benutzten GBG-Immobilien - unter Minimierung der Transaktionskosten und Berücksichtigung möglichst aller in diesem Zusammenhang erkennbaren Effizienz- und Strukturverbesserungspotentiale vorzubereiten, mit der Finanzbehörde abzustimmen und entsprechende Ausführungsbeschlüsse vorzulegen. Festgehalten wird dabei, dass die genannten operativen Tätigkeiten dauerhaft bei der GBG verbleiben und nicht außerhalb des Hauses Graz an Dritte vergeben werden sollen. An der im Rahmen der Reform Haus Graz getroffenen Vereinbarung, insbesondere Reinigungskräfte über der marktüblichen Bezahlung zu entlohnen, wird festgehalten.

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann komme ich zu den Abänderungsanträgen, bevor ich dann zum eigentlichen Antrag komme. Und zwar zuerst zum KPÖ-Abänderungsantrag von Klubobmann Manfred Eber. Wer ist für den KPÖ-Abänderungsantrag? Das ist nicht die Mehrheit. Ist eine Gegenprobe erwünscht, Herr Klubobmann?

Unverständliche Zwischenrufe

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Sonst muss ich an deiner Zurechnungsfähigkeit zweifeln. Das will ich jetzt nicht. Somit ist dieser Abänderungsantrag abgelehnt.

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ abgelehnt.

Ich komme zum zweiten Abänderungsantrag, der Grünen Fraktion. Eingbracht von Gemeinderätin Bedrana Ribo, MA. Wer ist dafür? Dann machen wir jetzt die Gegenprobe, Herr Klubobmann. Aber, das ist auch eine eindrucksvolle Mehrheit gegen den Abänderungsantrag.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ abgelehnt.

Ich komme jetzt zum eigentlichen Antrag. Wer ist für den Antrag? Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

L.4.3) Stück Nr. 7, GZ: A 8-37673/2006-7
Fördervereinbarungen zur mittelfristigen Finanzierung von
Kultureinrichtungen für die Jahre 2017 und 2018
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Riegler

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke. Dann kommen wir zum nächsten Stück, wenn ich da richtig das herauslese, Fördervereinbarungen zur mittelfristigen Finanzierung von Kulturvereinigungen für die Jahre 2017 und 2018, vorgetragen vom Herrn Finanzreferenten und Kulturreferenten. Bitte.

Stadtrat Dr. Riegler:

In aller Kürze. Wie heute schon sowohl in der Budgetrede als auch in der vertieften Kulturrede zum Budget vorgetragen, darf ich Sie heute um Zustimmung bitten für die Verlängerung von Förderverträgen für die Jahre 2017 und 2018 für zahlreiche Organisationen, von „uniT“ über „Royal Garden Jazz Club“ bis „Verein FUM Film und Medieninitiative“. Zusätzlich kommen gegenüber dem letzten, der letzten Förderperiode jetzt zusätzliche Kulturvereinigungen und Institutionen hinzu, zum Beispiel „Tanja Gassler, aktuelle kunst in graz“.

Sie werden sich von dem Wochenende der Galerienrundgänge vielleicht schon einmal ein Bild gemacht haben. Oder auch die „Rabtaldirndl – Theatergruppe“ oder „Theater am Lend“. Die gesamte jährliche Summe, die für diese mehrjährigen Förderverträge aufgewendet wird aus dem Budget, sind € 3.778.800. Die Notwendigkeit derartiger mehrjähriger Förderverträge ergibt sich natürlich daraus, dass eben Vereine und Kulturorganisationen oftmals eben auch sinnvoll planen können müssen. Ich kann nur sagen, dass ich auch als ehemaliger Geschäftsführer der Fachhochschule und damals eben im Wissenschaftsmanagement Tätiger eben immer sehr froh war, wenn man mehrjährige Fördervereinbarungen hatten und kann daher grundsätzlich das nur begrüßen.

Ich darf daher hiermit dieses Stück Ihnen vorlegen, vielleicht noch kurz erläutern, aber habe ich eigentlich schon in der Budgetrede, dass eben jetzt einmal fürs Doppelbudget 17/18 die Förderverträge auf zwei Jahre geschlossen werden sollen, um dann wieder auf eine dreijährige Phase überzutreten, wobei man dazusagen muss, dass es schon früher einmal zweijährige Förderverträge gegeben hat, also das ist nichts Neues, sondern war durchaus auch in der Vergangenheit so gebräuchlich. Hiermit darf ich Sie um Ihre Annahme bitten. (*Applaus*)

*Stadtrat Dr. Riegler stellt namens des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft sowie des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus daher gemäß § 1 Abs. 3 der Subventionsordnung der Landeshauptstadt Graz vom 09.12.1993 bzw. gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967 i.d.g.F. den **Antrag**, der Gemeinderat wolle mit der erforderlichen erhöhten Mehrheit beschließen:*

Die Gesamtsumme für die Fördervereinbarung zur mittelfristigen Finanzierung von 70 Kulturvereinigungen für die Jahre 2017 bis 2018 beträgt jährlich 3.778.800 Euro.

- 1) Zur mittelfristigen Sicherung der Planung und Finanzierung werden die in den jeweiligen Budgets für 2017 und 2018 enthaltenen Förderungen für die im Motivenbericht genannten Kulturvereinigungen beschlossen.*
- 2) Die einzelnen Fördervereinbarungen sind durch die Magistratsabteilung 16 - Kulturamt und die Magistratsabteilung 8 - Finanz- und Vermögensdirektion mit den Projektträgerinnen und -trägern der im Motivenbericht genannten Kulturvereinigungen, laut beigelegtem Vertrag, der einen integrierenden Bestandteil dieses Beschlusses bildet, abzuschließen.*
- 3) Die Auszahlung erfolgt zu den im Vertrag genannten Terminen.*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Herr Stadtrat. (*Applaus*)

Gibt es zu diesem Stück Wortmeldungen? Bitte, Frau Gemeinderätin.

Gemeinderätin DIⁱⁿ Braunersreuther:

Ja, sehr geehrte KollegInnen! Sehr geehrte ZuhörerInnen! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Ich habe es im Kulturausschuss schon erwähnt, wir sind nicht inhaltlich gegen mehrjährige Verträge, ganz im Gegenteil. Wir sind auch nicht inhaltlich gegen die Höhe der Förderung und auch nicht dagegen, wer gefördert wird, ganz im Gegenteil. Wir sind sehr froh, dass Sie sich da an die Empfehlungen aus der Evaluierung an dem orientiert haben und auf dem Weg möchte ich nochmal Dr. Monika Mokre und Paul Stepan danken, die das wirklich sehr hochwertig gemacht haben und auch auf Umwegen dem Kulturamt, jetzt namentlich, jetzt ist er leider nicht mehr da den Peter Grabensberger, der das ja leider das letzte Mal gemacht hat, aber der das einfach sehr gut begleitet hat immer, wie er eigentlich alle Kulturschaffenden sehr gut begleitet hat.

Und auch dem kompetenten Fachbeirat, die diese Empfehlungen ausgesprochen haben. Dann ist es sehr wichtig, dass wirklich Leute aus dem Kulturbetrieb kommen und das beurteilen, weil die das einfach besser einordnen können. Weshalb wir diesem Stück aber trotzdem nicht zustimmen können, ist, dass uns diese Mehrjährigkeit, die hier verkündet wird, zu kurz ist. Denn es sind jetzt noch nicht einmal mehr zwei Jahre, es sind ja eigentlich nur noch anderthalb Jahre bis Ende 2018. Und dazu kommt, dass eigentlich immer geplant wurde, dass diese Kulturförderung über den Budgetsprung hinausgeht. Aus dem Grund, weil es sich natürlich für alle, nicht nur für Kulturschaffende, sehr viel besser arbeiten lässt, wenn Sicherheiten da sind, eben auch über Budgetsprünge hinaus.

Während es einfach nicht förderlich ist, wenn man immer bängen muss, wie es danach weitergeht. Deswegen können wir das einfach nicht befürworten, obwohl es auch in der Vergangenheit schon mal 2-jährige, mal 3-jährige Förderverträge gegeben hat, aber wir fänden es eben gerade jetzt wichtig, dass es ein 3-jähriger bzw. dann eh nur 2,5-jähriger Fördervertrag gewesen wäre. Das wäre dann genau der Kompromiss zwischen zwei und drei Jahren gewesen.

Ein weiterer Punkt ist eben, dass für 2018 das Einfrieren von 5 % des Fördergeldes angekündigt ist und wer im Kulturbereich jemals gearbeitet hat und besonders in kleinen Institutionen gearbeitet hat, weiß, es wird überall prekär gearbeitet und 5 %, das ist, kann, bei diesen Prekär-Arbeiten sehr viel bedeuten. Das kann nämlich zum Teil bedeuten, dass man wirklich fast gar nicht mehr arbeiten kann oder wirklich über jeglichem Limit des Machbaren arbeiten müsste, wenn man es überhaupt schaffen will. Und nur aus dem Grund stimmen wir diesem Stück nicht zu. (*Applaus*)

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Frau Gemeinderätin. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Stück? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für dieses Stück? Also, das ist eine breite Zustimmung, bis auf die KPÖ, wenn ich jetzt richtig gesehen habe. Somit ist dieses Stück angenommen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.

L.4.4) Stück Nr. 8, GZ: A 8-30180/2006-19

Beteiligungscontrolling; Neufassung Richtlinien für Aufsichtsratsmandate im Haus Graz

Berichterstatter: Stadtrat Dr. Riegler

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Wir kommen zum nächsten Stück, Beteiligungscontrolling; Neufassung Richtlinien für Aufsichtsratsmandate im Haus Graz. Bitte, Herr Finanzreferent.

Stadtrat Dr. Riegler:

Bei dem Stück geht es darum, Änderungen in den Governance der Aufsichtsratsmandate durchzuführen, die ja schon hinreichend ausführlich diskutiert wurden. Zunächst weise ich auf die Beilage 1 hin, in der man sehen kann, wie bisher die Regelung lautete und da ist, insbesondere was jetzt die Frauenbeteiligung in Aufsichtsräten betrifft, folgender Satz gestanden, in der Beilage 1 nachzulesen: „Soweit möglich sollte in den Aufsichtsräten eine Frauen-Männer-Parität herrschen, jedenfalls sind mindestens 40 % der Sitze im Aufsichtsrat mit Frauen zu besetzen.“

In der nun vorliegenden neuen Fassung soll es zu einer Erhöhung dahingehend kommen, dass es lauten soll „soweit möglich“, also gleich wie bisher getextet. Und von der Qualifikation her verfügbar, das steht ganz im Sinne von Corporate-Governments-Vorschriften weltweit. Von der Qualifikation her verfügbar sollte in den Aufsichtsräten eine Frauen-Männer-Parität herrschen, also eine Gleichstellung, also sprich gleich viel Männer wie Frauen. Der Bürgermeister hat heute schon zu einem früheren Tagesordnungspunkt berichtet, dass das ja in vielen Gesellschaften sogar jetzt schon erreicht ist und zwar dank der Besetzungen durch unsere Fraktion. Wobei ich hier auch appellieren muss an die Belegschaftsvertreterinnen und Belegschaftsvertreter, auch hier ihren Beitrag zu leisten und tatsächlich mehr Frauen in die Belegschaftsvertretung im Aufsichtsrat zu schicken.

Weitere Änderung ist eine entgeltliche Änderung. Nämlich diejenige, dass wir sagen, es soll in Zukunft für den Aufsichtsratsvorsitzenden erstens einmal mehr geben und zweitens es soll eine größenmäßige Differenzierung dahingehend geben, dass in bedeutenden großen Gesellschaften mit großen Verantwortungsgebieten, wie der Holding Graz oder der Messe Center Graz oder der GBG, dass es da eine unterschiedliche Entlohnung von Aufsichtsratsfunktionen geben soll als etwa in kleineren Gesellschaften. Diese Regelung, wie sie jetzt hier beschlossen werden soll, folgt im Wesentlichen den Vorschlägen und Empfehlungen, die der Stadtrechnungshof im Jahr 2011 erstellt hat. Und die damals auch im Jahr 2011 eigentlich bis auf eine Gegenstimme im Gemeinderat und vom Kontrollausschuss eigentlich für gutgeheißen wurde. Insofern, möchte ich vielleicht noch ergänzend sagen, dass der Zugang dazu, Aufsichtsratsmandate in Gesellschaften vor allem in großen Gesellschaften adäquat zu entlohnen, etwas ist, was Sie so gut wie in jeder Art von Fachliteratur nachlesen können, dass es empfehlenswert ist.

Ich verweise hier an die gesamte gesellschaftsrechtliche Literatur an Publikationen des Instituts der Wirtschaftsprüfer, wo eigentlich regelmäßig empfohlen wird, dass aufgrund des besonders hohen Sorgfaltsmaßstabes, der in Aufsichtsräten gilt unter besonderer Verantwortung eben eine entsprechend adäquate Entlohnung auch geleistet werden sollte. Sofern Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen oder Mandatare des Gemeinderates solche Funktionen bekleiden, und das soll jetzt abweichend zu früher geregelt sein, soll es auch zu einer Entlohnung dieser kommen, wobei es aber möglich ist, dass selbstverständlich auf eine solche Entlohnung verzichtet wird und anstatt dessen eben das in der Dienstzeit ausgeübt wird dieses Aufsichtsratsmandat. Diese Möglichkeit soll bestehen. Insofern denke ich, ist da jetzt keine besondere Änderung eingetreten, weil tatsächlich auch so wie bisher Mandate auch unentgeltlich durchgeführt werden können. Dann halt in der Dienstzeit.

Stadtsenatsreferenten waren immer als davon ausgeschlossen betrachtet in dem Sinn, dass selbstverständlich niemals geplant war, dass Stadtsenatsreferenten eine Entlohnung bekommen sollen. Es war lediglich ein redaktionelles Versehen, dass es zunächst nicht textlich im Stück erfasst war. Wir haben das aber umgehend richtiggestellt und danken hier für die entsprechenden Hinweise. Bitte um Annahme dieses Stückes. *(Applaus)*

*Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag** der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes des Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.F. LGBl. 45/2016, beschließen:*

- *Die in der Beilage angeschlossenen und einen integrierenden Bestandteil dieser Beschlussfassung bildenden Richtlinien für Aufsichtsratsmandate im Haus Graz werden genehmigt.*
- *Mit diesem Beschluss treten die bisher geltenden Richtlinien für Aufsichtsratsmandate im Haus Graz, genehmigt mit GRB vom 7.7.2011, GZ.: A8-30180/2006–17, außer Kraft.*
- *Allfällige, sich aus dieser Richtlinienanpassung ergebende, Änderungsnotwendigkeiten werden bei den einzelnen Gesellschaftsverträgen im Zuge der nächsten routinemäßigen Generalversammlungen beschlossen.*

Stadtrat Hohensinner, MBA:

Danke, Herr Finanzstadtrat. Wer möchte sich zu Wort melden? Bitte. Ok, wir haben drei Wortmeldungen.

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

Ja, meine Damen und Herren! Was wir von der Verdoppelung der Entlohnung für die Aufsichtsräte halten, das, glaube ich, brauche ich nicht noch einmal erwähnen. Das wurde bereits in der Budgetrede gesagt. Das ist nicht sehr viel, um das so auszudrücken. Weshalb ich aber mich auch noch zu Wort melden will ist, wie auch schon bekannt, die, wie sage ich das, „Verschwammisierung“ bei der Frauenquote.

Wenn ich da lese, dass es entsprechend der Qualifikation vergeben werden soll, dann frage ich mich erstmal, wo sind nötige Qualifikationen für Aufsichtsräte festgeschrieben? Nirgendwo. Wenn ich dann auf meine mediale Aussendung die quasi mediale Antwort bekomme: „Es ist ja gerade so schwer, qualifizierte Frauen zu finden“, dann denke ich mir: „Hallo? Im Durchschnitt haben Mädchen und junge Frauen bessere Schulabschlüsse, bessere Universitätsabschlüsse, und es ist schwierig, qualifizierte Frauen zu finden für Aufsichtsratsposten? Wenn ich dann höre von der gleichen Partei, was Empowerment für Frauen bedeutet für sie. Und das wurde ja gerade angesprochen, dass ich gesagt habe, dass ich gewisse Dinge eben, wie bei der Kürzung der Sozialcard beschrieben, nicht für Empowerment halte. Nein, ich kann es ganz deutlich sagen, ich halte es nicht...

Zwischenruf Stadtrat Hohensinner: Es gibt keine Kürzungen bitte. Sie haben es in der Zeitung falsch gesagt und jetzt wieder.

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

Aber es gibt...

Zwischenruf Stadtrat Hohensinner: Ist falsch!

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

Aber, es geht auch nicht um Kürzungen, sondern es geht um die Veränderung...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

...beim Zugang zur SozialCard...

Zwischenruf Stadtrat Hohensinner: Ja, ist schon was anderes jetzt, ja.

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

Und eine Veränderung bei den... und ich habe auch nichts von Kürzungen in dieser Aussendung gesprochen bzw. in diesem Gespräch mit dem Journalisten, sondern es geht um die Veränderungen beim Zugang zur SozialCard.

Zwischenruf Stadtrat Hohensinner: Dann sind Sie falsch zitiert worden.

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

Und für mich ist es kein Empowerment von Frauen, wenn Frau in einen Sprachkurs gezwungen wird, sie dieser Zwang panisch macht, weil es, wie wir heute von der Kollegin Wutte, die sich damit beschäftigt, also sehr viel täglich damit zu tun hat und ich weiß es selber auch, wenn es diese Kurse aber in dieser Form gar nicht gibt, weil es einfach definitiv zu wenig Kurse für Frauen mit Kinderbetreuung gibt.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

Das ist kein Empowerment für Frauen. (*Applaus*)

Es ist für mich auch kein Empowerment für Frauen, wenn gerade alleinerziehende Frauen durchfallen bei einem Zugang zu einer Gemeindewohnung, weil die Familienbeihilfe eingerechnet wird...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

...die dann gezwungen sind, mehr zu arbeiten, weil sie eine teurere Wohnung beziehen müssen.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

Insofern ist dies nicht glaubwürdig, wenn gleich...

Ordnungsruf durch Stadtrat Hohensinner:

Also bitte kommen Sie jetzt wieder zum Stück zurück, Frau Kollegin.

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

Ja, ich finde das hat alles sehr viel mit Empowerment mit Frauen zu tun. Die verpflichtende Frauenquote in Aufsichtsräten aufzuweichen, entspricht jeglichem Empowerment.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Dipl.-Ing.ⁱⁿ Braunersreuther:

Und deswegen können wir dem Stück natürlich nicht zustimmen. (*Applaus*)

Stadtrat Hohensinner:

Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Alexandra Marak-Fischer. Bitte.

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Geschätzter Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Aus zweierlei Gründen werden wir diesem Stück nicht zustimmen und zwar einerseits, weil ohnehin bereits von der Stadt bezahlte und entsendete Mandatare und Mandatarinnen noch einmal ein Entgelt dafür bekommen sollen und nachdem sie ohnehin die Verantwortung für unsere wunderbare Stadt übernommen haben.

Und wenn sie dann vom Gemeinderat noch zusätzlich entsendet sind, aus meiner Sicht reicht das. Ich glaube, wir sind ganz gut belohnt alle miteinander und ich glaube, das sollte damit auch abgedeckt sein. (*Applaus*)

Bei Beamten und Beamtinnen des Magistrats sehe ich das ähnlich wie der Herr Stadtrat, dass es hier eine Wahlmöglichkeit geben sollte. Entweder die Funktion in der Dienstzeit auszuüben oder umgekehrt sich auch dafür zu entscheiden, wenn das nicht der Fall ist, für eine Entlohnung. Also, ich glaube, hier kann man durchaus eine Wahlmöglichkeit anbieten. Das halte ich für eine ganz gelungene Lösung.

Und der zweite Grund, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen, den habe ich auch schon einigermaßen ausgeführt, glaube ich, vor ein paar Stunden. Diese Aufhebung der verpflichtenden Frauenquote halte ich für einen wahren Rückschritt in diesem Stück. Und dem werden wir sicher nicht zustimmen. Eine Veränderung wäre insofern schön gewesen, als es Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung der Quote dringend gebraucht hätte. Ähnlich wie auf Bundesebene, dass dann ein Aufsichtsratsmandat schlichtweg frei bleibt, wenn es nicht gelingt, eine Frau zu finden.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Ich halte es aber ähnlich wie meine Vorrednerin für einen ausgemachten Blödsinn zu sagen, dass es nicht genügend Frauen gibt, die qualifiziert sind. (*Applaus*)

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Mag.^a Marak-Fischer:

Du kannst dich gerne noch zu Wort melden. Danke. (*Applaus*)

Unverständliche Zwischenrufe

Stadtrat Hohensinner:

So, wir kommen jetzt zur nächsten Rednerin. Und zwar die Frau Stadträtin Tina Wirnsberger, bitte.

Unverständliche Zwischenrufe

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ich übernehme wieder den Vorsitz. Darf wieder bitten, dass...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

...sich die Wogen glätten. Auch wir würden uns wünschen...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

...wenn von Seiten der Betriebsräte in unseren städtischen Betrieben einmal Frauen in den Aufsichtsrat entsendet werden würden. (*Applaus*)

Frau Stadträtin Wirnsberger ist am Wort.

Stadträtin Wirnsberger:

Ja, man merkt, das ist ein Thema, das sehr stark für Aufregung sorgt. Herr Bürgermeister, Sie haben heute in Ihrer Wortmeldung irgendwann einmal gesagt, man soll bei der Wahrheit bleiben oder so ähnlich, oder nicht falsche Dinge erzählen. Deswegen möchte ich an der Stelle auch einmal etwas richtigstellen. Seit Tagen höre ich, hören wir, auch medial, von der ÖVP, dass die Frauenquote eh nicht abgeschafft wird, sondern, und Sie haben es jetzt auch noch einmal so gesagt, Herr Kollege Riegler, sie werde erhöht von 40 auf 50 %. Das stimmt nicht.

Ihr schafft die verpflichtende Frauenquote von 40 % in den Beteiligungen ab und ersetzt sie durch eine Option. Und das ist der entscheidende Unterschied. (*Applaus*)

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Wirnsberger:

Ich würde bitte gerne fertig ausführen.

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Wirnsberger:

Der Unterschied, den ihr entweder tatsächlich nicht seht oder, und das finde ich eigentlich viel schlimmer, uns eben genau das Gegenteil verkaufen wollt, ist der: Vorher war es eine unbedingte Quote, das heißt, die musste erfüllt werden und das, was ihr jetzt daraus macht, ist eine Bestimmung, die halt kann, wenn man will.

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Wirnsberger:

So, und jetzt geht es um das Wenn man will. (*Applaus*)

Es ist nämlich gar nicht so lange her, da hatten wir die Gemeinderatssitzung, in der es nämlich um die Entsendungen ging. Und da haben wir noch in der Früh des Gemeinderatstages vorliegen gehabt, dass die Holding, wo zehn Aufsichtsratsplätze zu vergeben waren, dass für die Holding euer Vorschlag war, wieviel Frauen, wisst ihr es noch? Zwei. In der Holding, in der Satzung...

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Wirnsberger:

...ist verankert... in der...

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Wirnsberger:

Ich würde es total super finden, wenn Sie mir nicht dazwischenreden würden. Sie können sich gerne nachher zu Wort melden dazu, ja?

In der Holding, in der Satzung ist verankert eine...

Unverständlicher Zwischenruf (Applaus)

Stadträtin Wirnsberger:

...in der Satzung verankert die Quote von 40 %. Da seid ihr Gott sei Dank dann noch rechtzeitig draufgekommen, dass ihr da mehr Frauen reinschicken müsst. Das geht nämlich sonst nicht. Wenn es in der Satzung verankert ist, dann dürft ihr einen Aufsichtsrat nicht mit weniger als dieser, bis zu diesem Zeitpunkt festgelegten, Quote bestellen.

Soviel also zu dem ehrlichen Bemühen, das ihr da jetzt in den Vordergrund stellt und ich möchte das jetzt wirklich nicht, ja, das nicht persönlich zu verstehen, aber das einmal rein strukturell aufzeigen. Die ehrlichen Bemühungen, Frauen in höhere Positionen zu heben, ich glaube, der lebende Beweis, was bei diesen ehrlichen Bemühungen dann auch das Ergebnis ist, ist diese Regierungsbank. (*Applaus*)

Die halt einfach rein mit Männern besetzt ist in dem Fall.

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Wirnsberger:

Zu sagen, dass man nicht genügend...

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Wirnsberger:

Zu sagen, dass man nicht...

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Wirnsberger:

Deswegen sage ich ja, es ist etwas Strukturelles und es ist nicht etwas Persönliches, ja. Um das geht es nämlich. Zu sagen, man findet nicht genug qualifizierte Frauen, ist einfach schlichtweg eine Beleidigung.

So, und jetzt noch ganz kurz, weil der Herr Bürgermeister hat heute eigentlich auch die Antwort gegeben, warum es eine Quote braucht. Im Vergleich: In den Top 100 steirischen Unternehmen ist der Frauenanteil in der ersten Führungsebene 11 %. Der Frauenanteil in Beteiligungsgesellschaften des Landes Steiermark in den Aufsichtsräten liegt bei 27 %. Der Frauenanteil in den Beteiligungsgesellschaften der Stadt Graz liegt bei 39 %.

Und wodurch unterscheiden sich diese drei Ebenen, die ich jetzt gerade aufgezählt habe? Richtig: die verpflichtende Frauenquote, die wir hatten. Und daran sieht man, dass das Sinn gemacht hat und all diese Beispiele, die Sie heute aufgezählt haben, Herr Bürgermeister, das stimmt, das funktioniert alles gut, aber warum funktioniert das gut? Weil wir diese verpflichtende Frauenquote haben, die uns daran erinnert, dass wir diese Funktionen mit Frauen besetzen können und sollen. Und sogar müssen, in dem Fall.

Ich möchte noch auf eines eingehen, was ich wirklich bedenklich finde. Ich finde es nämlich wirklich bedenklich, wie sich die ÖVP hier vom Koalitionspartner vor sich her treiben lässt, der bekanntlich ja aktive Gleichstellungspolitik als Wahn bezeichnet und ich verstehe euch da nicht mehr. Weil ihr von der ÖVP seid dann diejenigen, die ausreiten und uns das schönreden wollen. Sogar mit ja halt nicht ganz so bei der Wahrheit bleiben. Und da verstehe ich euch nicht mehr. Das hat gut funktioniert. Da sind wir gemeinsam in den letzten Jahren wirklich gut weitergekommen. Und dass ihr diesen Pfad jetzt verlasst und nicht einmal dazu steht, sondern das noch als Verbesserung verkaufen wollt, das ist für mich nicht erklärlich, ist für mich nicht nachvollziehbar und es ist vor allem für mich nicht akzeptabel. (*Applaus*)

Bürgermeister Mag. Nagl:

Geschätzte Frau Stadträtin! Wir ersetzen Quote durch Normalität. Und die ist für uns dann gegeben, wenn es möglichst eine Parität gibt zwischen Männern und Frauen. Ihr müsst ja in eurem Klub demnächst eine Männerquote einführen.

Weil da gibt es ja nur mehr den Herrn Klubobmann. Und da diskutieren wir in der Form auch nicht darüber.

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Sind Sie sich sicher, Herr Gemeinderat? (*Applaus*)

Gut, aber vielleicht auch einmal ganz wichtig, weil es wird auf Stadtsenatsbänke verwiesen, aber nicht auf Gemeinderatsbänke. Und jetzt sage ich das noch einmal, weil mir das ganz wichtig ist: Wir haben in der schwarz-grünen Koalition einmal für die Beteiligung die Quote festgelegt. Wir erfüllen diese Quote seitdem. Und gerade als Volkspartei als einzige Fraktion, und das ist gerade früher passiert, die Sozialdemokratie könnte einmal, auch in der Holding zum Beispiel, darüber nachdenken, ob denn wirklich paritätisch, wir haben da ja die Drittel-Regelung, ob denn wirklich nur Männer von Seiten der sozialdemokratischen Personalvertretung entsendet werden sollen? Ich habe das schon mehrfach gesagt, da wird immer groß gesprochen, wenn es darum geht, es wirklich zu tun, findet es nicht statt. Keine einzige Frau, seitdem ich mich erinnern kann, wurde jemals von den Betriebsräten entsandt als Vertreter der Belegschaft in den Aufsichtsrat. Ist noch nie passiert.

Und jetzt wieder zurück zu den Grünen. Ich kann mich gut erinnern, wir haben die Quote festgelegt. Das war wunderbar. Und wer hat die Quote erfüllt? Die Volkspartei. Die grüne Fraktion hat gesagt, nein, der Herr Wohlfahrt, der Mann muss unbedingt dort hinein.

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Der ist ja so qualifiziert. Wir haben diese 40%-Quote und ich habe jedes Mal die Rechnungsübungen durchgeführt und geschaut, dass wir nominieren oder nachnominieren. Und ich habe es heute auch eingangs schon gesagt, 70 %, 50 % in manchen Bereichen, zweimal, glaube ich, noch 33 %. Das ist Normalität geworden, Gott sei Dank. Und das ist das, was ich mir sowieso einmal wünsche, dass die Debatte aufhört und wir in Graz leben es vor und was wir letzten Endes auch tun, um Gleichstellung zu ermöglichen. Ich weiß, dass das in der Gesamtgesellschaft noch nicht der Fall ist, aber ich verwehre mich dagegen, dass wir im Haus Graz so tun, als wären Frauen benachteiligt. Gleicher Lohn und was weiß ich alles. Alles umgesetzt.

Und ich bin 2003 gekommen und da war es anders. 12 %. Sozialdemokratische Mehrheit über viele Jahrzehnte. 12 % Frauenquote allein bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Führungspositionen. Dann wurde eh immer gesagt, nein, bei den Reinigungskräften usw., da lasst ihr dann quasi die Frauenquoten eh hochrechnen. Ja, aber bei den Führungspositionen, die Führungspositionen schauen mittlerweile anders aus. Wir leben es.

Und ich hoffe, es ist bald einmal Normalität. Das ist auch das, was sich die Frauen wünschen. Leider ist es noch nicht in allen Bereichen der Fall, da bin ich bei Ihnen, auch in vielen Gesellschaften usw. noch nicht. Aber in der Stadt Graz, glaube ich, haben wir im Hause Graz nicht das Problem und ich freue mich, dass es auch gelungen ist, dass bei der ÖVP sehr, sehr viele Frauen in verantwortungsvollen Positionen sitzen, vor allem auch hier im Grazer Gemeinderat. (*Applaus*)

Da gibt es im Übrigen eine lustige Geschichte, auf die ich gestoßen bin. Ich habe sie jetzt schon ein paar Mal erzählt, aber in dem Kreis habe ich es noch nicht getan. Die Entwicklung des Geistes im Laufe des Lebens. Vom Kind zum Kamel. Vom Kamel zum Löwen. Vom Löwen zum Kind. Großartige Geschichte, bei Nietzsche usw. nachzulesen. Ich habe es in einer Predigt gehört und das Spannende, philosophisch und theologisch, ist, dass es heißt: Ein kindlicher Geist an Größe erst im Alter wieder erreichbar in dieser Freiheit. Und dazwischen verkommst du zum Kamel, zum Arbeitstier, zum fremdbestimmten Arbeitstier. Irgendwann wächst dir die Mähne und dann bist du sowohl philosophisch als auch theologisch der, der sich nicht mehr alles gefallen lässt. Wo du ein bisschen im Leben stehst, die Phase dauert nicht allzu lang, aber sie stehen jeweils für etwas.

Die Phase des Kamels steht doch tatsächlich für: Du sollst. Auch theologisch. Du sollst, du musst, das sind die Vorschriften. Das ist die Quote.

Ja, die Phase des Löwen ist: Ich will. Und wir sollten auch pädagogisch viel Wert darauf legen, dass wir möglichst schnell auch in der Bildung von Du sollst zum Ich will kommen. Und wir sind zumindest schon in der „Ich-will-Phase“. Andere sind noch in der „Du-sollst-Phase“.

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister Mag. Nagl:

Noch einmal. Auch jeder Fraktion steht eine eigene Meinung zu. Aber ich gleiche auch das aus in einer Koalition. Weil eine Koalition lebt auch davon, dass manche Dinge gelöst werden und nicht weiter zu diskutieren sind.

Unverständlicher Zwischenruf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Nein, das sehe ich nicht so. Weil wir haben die Quote, wenn ich sagen darf, übertroffen. Also haben wir es erledigt. Und das andere ist, wenn ich sagen darf, viel Diskussion und ich freue mich, wir haben ganz, ganz tolle Frauen in unseren Aufsichtsräten. Ich bin ganz stolz darauf. Wir werden es jetzt demnächst einmal auch öffentlich vorstellen, damit einmal alle wissen, welche Frauenpower in den Aufsichtsräten der Grazer Betriebe sitzen. (*Applaus*)

Frau Gemeinderätin Wutte, bitte.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Von meinen Kolleginnen aus der KPÖ und aus der SPÖ und von der Stadträtin Tina Wirnsberger sind jetzt schon sehr viele wichtige Argumente gekommen, aber mir es schon auch wichtig, ein paar Punkte zu sagen und auch ein paar Dinge richtigzustellen, ja.

Lieber Herr Bürgermeister! Das möchte ich an Sie jetzt konkret adressieren mit Ihrer letzten Wortmeldung, dass Sie die Frauenquote durch Normalität ersetzen wollen, entspricht einfach nicht der Realität. Es ist nicht so, dass Frauen gleichermaßen in den Aufsichtsräten vertreten sind. In der Stadt Graz ist es so, weil wir ja eine verpflichtende Frauenquote hatten. Sie listen das so stolz auf, ja und stellen es so dar, als ob das einfach so passiert wäre. Aber das ist ja genau die Wirkung einer Frauenquote.

Und, dass sie da mit Ihrer Geschichte vom Kamel und weiß jetzt nicht, was die anderen Tiere waren...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Wutte, MA:

...vom Löwen, sagen wollen sozusagen, es ist ein Fortschritt von dem „du sollst“ zu dem „ich will“ überzugehen. Das mag jetzt vielleicht psychologisch, im individuellen Lebensweg seine Richtigkeit haben, aber gesellschaftspolitisch und frauenpolitisch trifft das einfach nicht zu. Wir erleben ja gerade in ganz Europa und auch in Österreich, wie immer mehr Länder eine verpflichtende Frauenquote einführen. Und dass gerade wir in Graz die eine VorreiterInnen-Rolle in dem Bereich hatten, da jetzt einen Schritt zurückgehen, ist doch einfach erschreckend und lässt sich nicht legitimieren durch eure Ausführungen.

Und um auch noch einmal auf diese Legende einzugehen, ja, dass wir Grünen die Quote nicht erfüllt hätten. Bitte, bei der Tina Wirnsberger da liegt schwarz auf weiß, wir haben in den letzten zwei Perioden immer zwei Drittel Frauen entsandt, ja, in die Aufsichtsräte. Also das stimmt einfach nicht, was da immer wieder behauptet wird.

Ich muss auch sagen, ich bin zunehmend verwirrt, was die Argumentation der Stadtregierung zu dem Thema betrifft, ja. Von Ihnen, Herr Bürgermeister, höre ich die ganze Zeit, ja wir brauchen keine Frauenquote, weil...

Zwischenruf Bürgermeister Mag. Nagl: Weil wir es leben.

Gemeinderätin Wutte, MA:

...wir es leben, genau. Habe ich mir auch so notiert. Vom Stadtrat Riegler höre ich hingegen, ja, wir können keine Frauenquote haben, weil es so schwer ist, qualifizierte Frauen zu finden. Das passt ja hinten und vorne nicht zusammen. Das sind total widersprüchliche Argumentationsstränge, ja.

Und einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen, der mich halt wirklich am Ablauf der heutigen Gemeinderatssitzung persönlich betroffen gemacht hat. Und zwar habe ich eigentlich nicht in Ordnung gefunden, wie Sie vorher mit der Kollegin Anna Robosch geredet haben. Nämlich auf die Art, dass Sie gesagt haben, Kollege Ehmann, Sie haben Anna Robosch hinausgeschickt und nicht gut informiert. (*Applaus*)

Und was ist das für ein Bild von Frauen, was da zum Ausdruck kommt?

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Wutte, MA:

Dass eine junge, weibliche Gemeinderätin...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Wutte, MA:

...dass eine junge, weibliche Gemeinderätin sich scheinbar nicht selbst informieren kann. Und ich finde das exemplarisch, ja...

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Wutte, MA:

...für ein Frauenbild, das scheinbar unter Schwarz-Blau wieder salonfähig wird.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Wutte, MA:

Und das schockiert mich.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderätin Wutte, MA:

Muss ich ganz ehrlich sagen. (*Applaus*)

Danke.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ja, man kann alles im Leben auch immer versuchen umzudrehen. Wenn es um neue Gemeinderätinnen und neue Gemeinderäte geht und ich sage noch einmal: Das, was auch die Frau Gemeinderätin heute hier an Behauptungen in den Raum gestellt hat, auch an Unwissenheit, wenn ich so sagen darf, fast gegläntzt hat, indem sie Dinge hier auf den Tisch legt, die einfach nicht stimmen, sehe ich es schon in der Verantwortung eines Klubvorsitzenden oder einer Klubvorsitzenden, ja, so zu informieren, dass man, wenn ich so sagen darf, nicht falsche Dinge im Gemeinderat sagt.

Und deswegen habe ich mich auch an den Herrn Klubobmann gewendet und da ist ganz egal, ob Mann oder Frau, jeder, und auch das Alter, egal wie jung jemand ist, wenn jemand neu im Gemeinderat ist. Und so ist es zu verstehen und ich lasse da überhaupt keine andere Interpretation zu, auch wenn es sofort als Reflex von euch wiederkommt. (*Applaus*)

Das ist das eine. Und das Zweite: Damit das auch einmal klar ist. Ich bin Vater von drei Töchtern. Und jetzt sage ich das ganz deutlich. Ich würde es mir wünschen, dass die ganze Welt endlich so weit ist wie wir in der Stadt Graz schon sind und wir diese ganze Quotendebatte nicht mehr bräuchten. Das wäre das, was ich mir wünschen würde. Das haben wir in vielen Bereichen.

Auch im Behindertenbereich würde ich mir das endlich wünschen. Weil da haben wir einmal großartig diskutiert, ich glaube, sogar eine Enquete hier im Grazer Gemeinderatssaal. Ab wann sind denn die Menschen, die auch Behinderungen haben, wirklich gleichgestellt mit den quasi Gesunden? Ja, wobei die Differenzierung schon lange Diskussionen auslösen könnte, ja? Und da war es klar, wenn das endlich zur Normalität wird, wenn wir aufhören können, darüber zu diskutieren. Ich arbeite seit 20 Jahren daran, dass in dieser Stadt Gleichstellung gelebt wird. Und wir sind unheimlich weit.

Und deswegen regt mich die Debatte immer wieder auf. Wir tun so, als würden es wir hier im Hause Graz nicht leben. Wir leben es, und da bin ich stolz darauf. Und jetzt werde ich Damen dann wirklich einmal vorstellen, damit einmal alle wissen, wie es ist. Und auch da wieder zu vermischen, um Gottes Willen, der Herr Stadtrat hat auch gesagt, dass es schwer ist, Frauen zu finden, die nebst ihrer Mehrfachbelastung auch noch Zeit haben, in einen Aufsichtsrat zu gehen. Auch das stimmt dort oder da.

Es ist auch nicht immer leicht, Frauen für die Politik zu gewinnen, weil sie Mehrfachbelastungen schon haben. Aber da sprechen wir auch nur eine Wahrheit aus. Es wird immer alles gleich zum Vorwurf, ja? Und die Grünen haben etwas, was ja zum Teil auch die Jungen bei den Grünen jetzt mittlerweile auch aufregt. Ihr wisst immer, was genau Sache ist und wer das nicht so lebt wie ihr, der ist fast ein Unmensch. Lehrerhaft uns immer wieder auszurichten, was wir zu tun haben.

Deswegen sage ich, es ist Schluss mit „Du sollst“, „Ich will“, wir tun es. Bitte schauen Sie es durch, ich habe heute in der Früh diese Liste vorgetragen. Ich kann sie auch jedem noch einmal geben, das kann man eh nachschauen, wir haben sie beschlossen. Da sind viele Frauen dabei und es sind weit über jeglicher Quote, auf das es Ihnen heute ankommt. Und solange das so ist, brauchen wir es wahrscheinlich auch nicht diskutieren, die Quote. Es ist Gott sei Dank schon passiert. (*Applaus*)

Abstimmen tun wir auch, ja. Bitte.

Unverständlicher Zwischenruf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Quotenmann. Ist ein Abänderungsantrag jetzt, oder? Ein Abänderungsantrag wird noch gestellt.

**L.4.4.1) Abänderungsantrag von Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner
Stück Nr. 8, GZ: A 8-30180/2006-19;
Beteiligungscontrolling;
Neufassung Richtlinien für Aufsichtsratsmandate im Haus Graz**

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Herr Stadtrat Riegler! Herr Bürgermeister! Herr Stadtrat Hohensinner, nicht da! Das ist die Quote, die freiwillig erfüllt werden könnte, aber nicht wird.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Und vieles ist schon gesagt worden. Von Tieren ist gesprochen worden, von Schuldzuweisungen ist gesprochen worden. Einmal ist die SPÖ mit ihren Personalvertretern schuld und einmal sind es die Grünen, die partout nicht einen Tausch zwischen einem Aufsichtsrat für die Holding Graz, dem Markus Scheucher, gegen eine Frau, die wir in der Messe Graz haben wollten und auch dort hingeschickt haben, akzeptieren wollten. Warum wollten sie sie nicht akzeptieren? Weil damit die ÖVP eine Frau schicken musste. Und das ist diese historische Wahrheit, die von anderen, insbesondere von Ihnen in der ÖVP...

Zwischenruf Bürgermeister Nagl: Das stimmt nicht.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ja, wie auch immer. Dann gibt es halt verschiedene Wahrheiten. Wie auch immer. Es ist auf jeden Fall mir noch sehr erinnerlich, dass die SPÖ-Personalvertreter doch zur Frauenquote beitragen sollten und andere sollten das auch tun. Das habe ich gehört. Und...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ja, das machen wir dann gleich, ja.

Unverständlicher Zwischenruf

Zwischenruf Bürgermeister Nagl: Es ist wichtig, weil sich viele Kollegen auch mittlerweile auch darüber beschweren, weil es ist jetzt die dritte Wortmeldung, deswegen... Abänderungsantrag...

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Alles klar. Ich habe das gesagt, was ich sagen wollte.

Unverständliche Zwischenrufe

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Ich habe das gesagt, was ich sagen wollte. Ich bringe jetzt den Abänderungsantrag auch für dich, Klaus Frölich, noch einmal: Die vorliegende Änderung der Richtlinien für Aufsichtsratsmandate im Haus Graz stellt sowohl aus frauenpolitischer Sicht als auch hinsichtlich Transparenz und sparsamen Umgang mit Steuermitteln einen Rückschritt dar. Während sich die Bundesregierung gerade auf eine verpflichtende Frauenquote auf Aufsichtsrätinnen und -räte in der Privatwirtschaft einigt, sollen in Graz die Uhren zurückgedreht und die 2008 verankerte Frauenquote nun durch eine vage und unverbindliche Zielformulierung ersetzt werden. Die Entschädigungen für Aufsichtsratsmitglieder in städtischen Beteiligungen und Betrieben wurde im Jahr 2011 auf eine einheitliche Grundlage gestellt. Die Richtlinien folgten dabei den Empfehlungen des Stadtrechnungshofes, der in seinem Bericht damals festhält: Für Mitglieder von politischen Organen und Führungskräften der Stadt, die zusätzlich Aufsichtsratsfunktionen in sehr großen Unternehmen übernehmen, ist es vertretbar, auch weiterhin keine gesonderten Vergütungen zu gewähren. Dies sollte aber, wie schon bisher, durch Verzicht oder Gemeinderatsbeschluss entschieden werden.

Daher stelle ich namens des grünen Klubs folgenden Abänderungsantrag: Punkt 2 der Richtlinie für Aufsichtsratsmandate im Haus Graz wird unverändert in der Fassung von 2011 beibehalten. Diese lautet: „Soweit möglich sollte in den Aufsichtsräten eine Frauen-Männer-Parität herrschen, jedenfalls sind mindestens 40 % der Sitze im Aufsichtsrat mit Frauen zu besetzen.“ Und die Richtlinien werden um folgenden Punkt 5 ergänzt: „Gemeinderätinnen und Gemeinderäte verzichten auf die in Punkt 3 der Richtlinie ausgeführte Aufsichtsratsvergütung.“

Schließend zitierend den Herrn Stadtrat Riegler: Keine besondere Veränderung. Also auch das ginge.

Danke für die Unterstützung. (*Applaus*)

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner stellt namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden Abänderungsantrag: Punkt 2 der Richtlinie für Aufsichtsratsmandate im Haus Graz wird unverändert in der Fassung von 2011 beibehalten. Diese lautet: „So weit möglich sollte in den Aufsichtsräten eine Frauen-Männer-Parität herrschen, jedenfalls sind mindestens 40 % der Sitze im Aufsichtsrat mit Frauen zu besetzen.“ Die Richtlinien werden um folgenden Punkt 5 ergänzt: „GemeinderätInnen verzichten auf die in Punkt 3 der Richtlinie ausgeführte Aufsichtsratsvergütung.“

Bürgermeister Mag. Nagl:

Hundert Euro oder zweihundert Euro, vermehrt auch für Frauen im Monat, brutto, für die Übernahme der persönlichen Haftung der Aufarbeitung von solchen Papierbergen. Ich verstehe die Neid-Debatte nicht und ausgerechnet, wenn jetzt die Frauen im Aufsichtsrat sind, wollt ihr dann, dass nichts bezahlt wird? Auch für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und selbst für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Auch ein bisschen ein Widerspruch.

Gut, jetzt haben alle den Abänderungsantrag gehört. Wer für den Abänderungsantrag ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Kollege Swatek, FPÖ und ÖVP sind gegen den Abänderungsantrag, damit ist er auch abgelehnt.

Der Abänderungsantrag wurde gegen die Stimmen der Grünen, KPÖ, SPÖ abgelehnt.

Dann stimmen wir über das Stück selbst ab. Wer für das Stück ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. In dem Fall ist auch der Kollege Swatek gegen das Stück sowie die Grünen, als auch die KPÖ.

Der Tagesordnungspunkt wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ, Grünen, SPÖ, Neos angenommen.

L.4.5) Stück Nr. 12, GZ: A 14-020245/2017/3
Ergänzungsbeschluss zum 4.0 Flächenwidmungsplan
der Landeshauptstadt Graz, Beschluss gemäß § 38 Abs. 6 StROG
Berichterstatter: Gemeinderat Dr. Piffli-Percevic

Bürgermeister Mag. Nagl:

Wir gehen in der Tagesordnung weiter. Jetzt haben wir das Erfordernis der 2/3-Mehrheit. Es geht um den Ergänzungsbeschluss zum 4.0 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz, eigentlich eine Art Korrektur zum FLÄWI. Herr Gemeinderat Dr. Piffli-Percevic.

Gemeinderat Dr. Piffli-Percevic:

Herr Bürgermeister! Hoher Gemeinderat! Es ist ein Ergänzungsbeschluss. Inhaltlich erfolgen damit keinerlei Änderungen dessen, was zweimal aufgelegt wurde und auch der Bürgeranhörung unterzogen wurde. Es sind lediglich Ergänzungen im Bereich der Begründung vorgesehen, die sich bei der Beantwortung der ca. 2.000 Einwendungen gezeigt haben, deren Sinnhaftigkeit sich gezeigt hat.

In einem Punkt auch eine planliche Richtigstellung einer Sache, die genauso wie vorher beschrieben, zu beurteilen ist. Im Ausschuss, darf ich vorwegnehmen, wurde von allen Ausschussmitgliedern diesem Ergänzungsbeschluss zugestimmt. Ich ersuche daher, auch hier um Annahme.

Dr. Piffli-Percevic stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung gemäß § 63 Abs. 2 StROG 2010 den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen: 1. die Änderungen und Ergänzungen zur Einwendungsbehandlung zum 4.0 Flächenwidmungsplan der Landeshauptstadt Graz gemäß dem vorliegenden Ergänzungsantrags und gemäß den Beilagen a, 2 und 3 zum ggst. Gemeinderatsbericht.

Bürgermeister Mag. Nagl:

Danke, vielmals. Gibt es Wortmeldungen dazu? Gibt es Gegenstimmen? Das ist nicht der Fall. Dann ein einstimmiger Beschluss.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig (41:0) angenommen.

L.4.6) Stück Nr. 13, GZ: WG 58074/2014/0005

Änderung der Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen sowie die Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten

Berichterstatter: Gemeinderat Mogel

Bürgermeister Mag. Nagl:

Das nächste Stück wird von Herrn Gemeinderat Mogel berichtet: die Änderung der Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen sowie die Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten.

Gemeinderat Mogel:

Liebe Gäste! Schon ein bisschen dünn! Hoher Gemeinderat! Werter Stadtsenat! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Unser Graz ist eine Stadt mit sehr hoher Lebensqualität. Nicht nur deswegen, aber natürlich auch, ist Graz eine der am stärksten wachsende Städte Österreichs. Dem gegenüber ist Graz als Stadt mit rund 11.500 Sozialwohnungen im Vergleich zu anderen österreichischen Landeshauptstädten in Relation zur Einwohnerzahl Schlusslicht.

Seit 2007 ist der Anteil der in Graz hauptgemeldeten Nichtösterreicher von 13 auf etwa 22 % gestiegen. Auch der Anteil der EU-Bürger hat sich von 3 auf rund 11 % erhöht. Diese Verschiebung in der Bevölkerung bildet sich im sozialen Wohnbau natürlich auch ab. Allerdings deutlich überproportional zu Ungunsten der bereits länger in Graz wohnenden Bevölkerung.

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, den Wirkungsgrad und die soziale Treffsicherheit zu erhöhen. Erstens: Bau neuer Sozialwohnungen. Diese sind im Budget und auch in der Agenda 22 vorgesehen. Zweitens: Anpassung der Vergaberichtlinien. Ich stelle jetzt die wesentlichen Änderungen vor, die in den Richtlinien eingebracht sind. Grundsätzlich einmal zu Berechtigungsvoraussetzungen: Die Dauer des Hauptwohnsitzes in Graz wird von ein auf fünf Jahre angehoben. Einem ununterbrochenen fünfjährigen Aufenthalt wird eine gesamte Aufenthaltsdauer von fünfzehn Jahren gleichgesetzt. Hier haben wir eine echte soziale Lücke geschlossen, die auch schon bei einem Jahr aufgetreten ist.

Die Voraussetzungsdauer der Berufstätigkeit in Graz wurde von 0 auf fünf Jahre angehoben. Berechtigt werden künftig sein: Österreicher, EU-Bürger, EWR-Bürger, Schweizer und langfristig Daueraufenthaltsberechtigte, Drittstaatsangehörige. Die nächsten Punkte, die ich jetzt noch einmal da bringen werde, kommen aus der Erfahrung heraus der letzten zwei Jahre. Zukünftig sind auch mündige Minderjährige, Alleinerzieher und Eltern mit ihren Kindern für die Zuweisung berechtigt.

Durch die Veränderung der Einkommensgrenze wird der mögliche Personenkreis zur Versorgung in Notfällen vergrößert. Es wird Ausnahmen in Hinblick auf durchgehende Meldezeit geben, z.B. längere Aufenthalte in Reha-Einrichtungen außerhalb von Graz. Auch das war eine Lücke, die bis jetzt noch offen war. Die Regelung zum Wohnungswechsel wird für Mitbewohner bei Personenzahländerung dahingehend geändert, dass diese zumindest zwei Jahre im gemeinsamen Haushalt wohnhaft sein müssen.

Das Punktesystem der Richtlinien, das vor zwei Jahren eingeführt wurde, wurde in Zahl und Zuerkennung kaum verändert. Ergänzend zu den Vergaberichtlinien werden noch, und das wird im nächsten Ausschuss noch passieren nächste Woche, auch aus der Erfahrung der letzten zwei Jahre heraus, die für die Zuweisung notwendige Punktezahl für Zwei-Personen-Haushalte verringert. Man sieht also, dass durch die Änderung der Richtlinien wohl kaum die Anzahl der Berechtigten wesentlich verändert wird, sondern die soziale Treffsicherheit erhöht wird und man auf wesentliche Bevölkerungsentwicklungen reagiert.

Daher lege ich dem Gemeinderat folgenden im Verwaltungsausschuss Wohnen Graz vorbesprochenen Antrag vor. Der Gemeinderat wolle beschließen: Den geänderten Richtlinien für die Zuweisung für Gemeindewohnungen sowie Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten wird zugestimmt. Die neuen Richtlinien treten mit 1.10.2017 in Kraft.

Ich bitte um eine große Zustimmung. Dankesehr. (*Applaus*)

In Anbetracht der sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnisse und im Interesse der Gemeindewohnungssuchenden stellt Gemeinderat Mogel namens des Verwaltungsausschusses für den Eigenbetrieb Wohnen Graz gemäß § 45 Abs. 6 des Statutes für die Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 i.d.g.F., den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Den geänderten Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen sowie der Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten wird zugestimmt. Die neuen Richtlinien treten mit 1.10.2017 in Kraft.

Vorsitzwechsel – Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Möchte jemand das Wort? Herr Klubobmann Ehmann, bitte.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Herr Vizebürgermeister! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen oder meine Herren auf der Galerie! Warum wir uns jetzt kurz zu Wort melden. Wir haben uns im Ausschuss relativ ausführlich natürlich damit auseinandergesetzt und haben auch dort schon umfassend erklärt, warum wir diesem Antrag nicht Folge leisten können. Wir sehen da mehrere Sachen als problematisch an, nur warum ich mich jetzt grundsätzlich zu Wort gemeldet habe, war, weil ich einfach aus dem Ausschuss noch etwas wiedergeben wollte, wo man einfach einmal darüber nachdenken müssen noch einmal über die zukünftigen Wege, die wir hier in der Wohnpolitik, in der Wohnbaupolitik beschreiten sollten und müssten und wo man zu Paradigmenwechseln offensichtlich kommen müssen, denn im Ausschuss selbst wurde davon gesprochen, dass Graz seit vielen Jahren/Jahrzehnten eine andere Politik des Wohnbaus verfolgt, nämlich die Gründung des Eigenheims. So wurde das quasi argumentiert.

Ich sage halt, dass das ein bisschen zynisch ist und ein bisschen problematisch ist, wenn ich mir die Einkommensbereiche der Durchschnittsverdienerinnen und Durchschnittsverdiener anschau, da reden wir noch gar nicht von Spitzenverdienerinnen und Spitzenverdienern. Und schon gar nicht von Mindestsicherungsbezieherinnen und so weiter.

Also, das wird nicht jeder und jede schaffen, eine Eigentumswohnung zu gründen. Es mag jedem frei sein, also ich habe da auch kein Problem damit, und für mich ist auch Eigentum nicht Diebstahl. Aber trotzdem wird das irgendwie schwer möglich sein. Und nur in AnlegerInnen-Wohnungen zu investieren, wird auch das Problem nicht lösen, weil es vielfach natürlich auch dann relativ teure Wohnungen sind, in vielfachen Bereichen.

Das heißt, wenn man leistbares Wohnen kreieren wollen und das ist, glaube ich, das Maß der Dinge, an denen wir festhalten sollten, dann geht es eigentlich nur in eine Richtung: die Verknappung zu verändern, das heißt, mehr Wohnbau, aber im kommunalen Bereich und Übertragungsbereich. Deswegen habe ich auch im Ausschuss das Beispiel von Wien genannt, wo eben hier ausreichend Vorsorge getroffen wurde schon in der Vergangenheit und hier haben wir großen Nachholbedarf. Und da glaube ich eben, dass fünfhundert Wohnungen im kommunalen Wohnbau oder im Eigenwohnbau nicht nix sind, aber es wird zu wenig sein. Und daher werden wir diesem Antrag hier nicht Folge leisten, weil wir da etwas anderes sehen.

Ich möchte die Gelegenheit aber trotzdem ganz kurz nützen, um auch auf noch etwas ganz kurz einzugehen. Es ist zwar jetzt nicht in diesem Tagesordnungspunkt, aber der Bürgermeister hat es vorher angesprochen, deswegen sage ich es.

Selbstverständlich bin ich mir in meiner Rolle des Klubvorsitzenden bewusst, was es heißt, Verantwortung zu tragen und auch Verantwortung für den Klub. Nur wenn da eine junge Kollegin zu ihrer ersten quasi Rede oder Spezialdebatte herauskommt und gewisse Wortmeldungen oder gewisse inhaltliche Positionen zuspitzt, ja, dann mag man ihr das zubilligen. Dass sie vielleicht den einen oder anderen Fehler in einer Zahl oder einen Zahlensturz gehabt hat, dass mag auch sein, das war bei zwei, drei Punkten, also ich habe mir die Rede jetzt noch einmal durchgesehen. Also diese Dramatik, mit der hier begegnet wird und was da Unwissenheit und was auch immer da als Vorwurf kommt, da muss ich sagen, das kann ich in dieser Form nicht teilen und das geht auch so nicht.

Man kann auch anderen Fraktionen, wir sprechen hier auch vom freien Mandat, ich hoffe, jeder erinnert sich ein bisschen daran, man kann nicht anderen Fraktionen vorwerfen oder bzw. vorwerfen kann man es ihnen schon und vorhalten, aber es hat sich niemand bei anderen Fraktionen einzumischen, was die Positionen sind oder was Zuspitzungen bei Positionen betrifft. Man kann es teilen oder auch nicht teilen, das ist gar keine Frage. Aber das lasse ich mir nicht sagen, wer was bei uns zu sagen hat. Das sage ich auch in aller Deutlichkeit. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Herr Klubobmann Dreisiebner.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Michael Ehmann, ich möchte dir danken, ich möchte dir zweifach danken und fange mit dem Letzten an, was du hier klargestellt hast. Das ist aus meiner Sicht eine, ja, hart an der Grenze, wenn nicht überschrittene Linie, die da passiert ist. Und es obliegt jeder einzelnen Person in ihrer Verantwortung, bis hin vors Gericht, hier das zu sagen, was sie an Überzeugung trägt bzw. was rechtlich möglich ist. Und da ist, glaube ich, nichts passiert, was in irgendeiner Form zu kritisieren oder zu verfolgen wäre.

Ich danke dir auch für deinen Hinweis auf die von der ÖVP lauthals im Ausschuss dargestellte Meinung, man möge doch an der Bildung von Eigentum oder die Menschen zum Bilden von Eigentum motivieren, anstatt sie praktisch für die Gemeindewohnung, für die Genossenschaftswohnung oder was auch immer zu begeistern und diesen Anreiz unter Umständen zu stark aus Sicht der ÖVP darzustellen.

Mir scheint, da wissen manche Menschen gar nicht, wer die Zielgruppen für Gemeindewohnbau, -wohnungen bzw. für die Warteliste sind. Also das war für mich das, was geblieben ist. Da wissen manche in diesem Wohnungsausschuss unter Umständen gar nicht, wovon hier gesprochen wird. Hier wird nicht vom Durchschnittseinkommen gesprochen, hier wird von den unteren Zielen gesprochen, was die Einkommenssituation betrifft. Und wer das bewusst nicht sieht, und ich fürchte, das ist eher bewusst so gewesen, der ist nicht redlich und das ist etwas, was ich aus diesem Ausschuss mitgenommen habe. Ich habe auch mitgenommen aus diesem Ausschuss, dass es eine kleine unterstützende Zahlendarstellung für das Jahr 2016 gegeben hat. Es gab laut Abteilungsleitung, Herrn Uhlmann, 704 Zuweisungen 2016. Davon wären 207 mit diesen Richtlinien, die jetzt in Kraft treten sollen, herausgefallen.

Und dann wurden die Gruppierungen der Menschen dargestellt, die 2016 Zuweisungen erhalten haben, aber rausgefallen wären: 68 Österreicherinnen und Österreicher, autochthone Österreicherinnen und Österreicher, 31 mit Migrationshintergrund, StaatsbürgerInnen mit Migrationshintergrund, 53 EU- und EWR-Bürger und –Bürgerinnen, 17 Konventionsflüchtlinge, 38 Drittstaatsangehörige.

Was ist jetzt das Datenmaterial? Was ist das Faktum, wenn man das gegenüberstellt, was ihr jetzt unter Umständen so ändern wollt? Oder geht es euch nicht nur vielmehr darum, nach außen ein Signal zu setzen, einen „Uhrturm“ vollzuschreiben, oder was auch immer. Das ist nämlich unsere Vermutung, das ist kein lauterer Mittel, wie ihr da umgeht. Aus zweierlei Gründen: Ihr habt keine echte Datenrecherche gemacht und am ersten Juni habe ich einen dringlichen Antrag einbringen wollen, dem wurde die Dringlichkeit nicht zugestanden, weil ja eh alles in Vorbereitung ist, die Daten sind schon da und das wird euch im Ausschuss präsentiert. Das waren die Daten, die uns präsentiert worden sind. Die haben zum einen gar keine Richtung und zum anderen sind das keine Daten. Es sind keine Prognosen da und so weiter und so fort.

Ich möchte erinnern, manche waren schon damals dabei. 2014 ist unter der Stadträtin Elke Kahr ein langer Prozess gelaufen zur Änderung der Richtlinien, wissenschaftlich begleitet, wirkliche Datenerhebung. Und dann wurde eine Änderung durchgeführt, nach etwa 20 Jahren. Und das, was ihr jetzt macht, das hat keine Richtung, das hat nur eine Botschaft. Eine politische Botschaft und zwar eine Botschaft, die einen Menschen vor die anderen Menschen stellen soll und die andere Menschen ausschließen soll. Das alleine ist für uns der Grund, warum wir das nicht unterstützen können. (*Applaus*)

Das Zweite ist, ihr hättet auch ganz woanders anfangen können. Ihr hättet anfangen können bei dem, was der Wohnungsbericht 2016 hergibt, Herr Stadtrat, was der empfiehlt. Zum Beispiel Leerstand zu erheben und so weiter und so fort. Entsprechend die Wohnbautätigkeit, um auf mindesten 7 % auch am gesamten Wohnungsbestand zu kommen. Ja, ich weiß, es gibt das Wohnbauprogramm. Aber es gibt und es gäbe noch einiges mehr, es fehlen hier Dinge, das wird als Erstes durchgezogen und, wie mir scheint, wird in der nächsten Woche das Zweite, damit wiederum etwas eintritt, was in eurem Sinne ist, für euren „Uhrturm“, für sonst nix.

Unverständlicher Zwischenruf

Applaus

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Herr Gemeinderat Stöckler, bitte.

Gemeinderat Stöckler:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Du, lieber Karl, ich meine, du hast heute schon einiges heraußen erzählt, aber etwas möchte ich schon richtigstellen. Also, was der Thomas Rajakovics da in dem Ausschuss Wohnen...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Stöckler:

Nein, ist egal. Nein, ist ja nichts Negatives gewesen. Ich möchte das nur richtigstellen, weil du das da so hinstellst.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Stöckler:

Als hätten wir uns da großartig fürs Eigentum ausgesprochen. Wir haben gesagt, das wäre die optimale Variante, weil wir wissen genau, welche Probleme wir bekommen, wenn wir in ein...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Stöckler:

Was, nein?

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Stöckler:

Nein, sicher hat er es so gesagt.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Stöckler:

Sicher hat er es so gesagt. Nur du stellst dich da her und sagst, wir wissen nicht, wie arm die Menschen sind, die in den sozial... (*unverständlich*)

Wir wissen das sehr wohl. Und es waren auch unsere Ideen, dass wir versuchen, Leuten Eigentum vermehrt die Möglichkeit zu geben, mit vielleicht längerfristigen Krediten und, und, und, in diese Richtung. Das war in diese Richtung gezielt, das weißt du ganz genau. Du stellst dich da heraus und behauptest komplett etwas anderes. Und dann möchte ich etwas noch dazu sagen, das Beispiel, dass der Manfred Eber und du gebracht hast, was dagegen spricht, dem zuzustimmen. Ich meine, das waren Ausnahmefälle der Ausnahmefälle vom Ausnahmefall. Das war alles, das war unseriös. Das möchte ich nur richtigstellen. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Frau Gemeinderätin Wutte, bitte.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer und Zuhörerinnen! Ich habe jetzt wieder einmal die Gelegenheit, aus meiner Tätigkeit in der Integrationsberatung zu berichten. Das liegt einfach daran, dass wir heute sehr viele Stücke haben, von denen eben Flüchtlinge besonders betroffen sind, ja.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Wutte, MA:

In meiner Arbeit in der Integrationsberatung ist eine Kernaufgabe, Flüchtlinge beim Übergang von einem organisierten Flüchtlings...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Wutte, MA:

Kann ich bitte aussprechen, oder? Du kannst dich dann zu Wort melden. Ok.
Eine Kernaufgabe ist, Menschen dabei zu unterstützen, wenn sie aus einer organisierten Flüchtlingsunterkunft in eine private Wohnung umziehen müssen. In den letzten Jahren stellten wir fest, dass diese Wohnungsvermittlung immer schwieriger wird. Das liegt daran, dass die Mietpreise immer höher werden. Es liegt aber auch daran, dass es in der Bevölkerung sehr viele Vorurteile gegenüber geflüchteten Menschen gibt. Was von gewissen Parteien sicher stark gefördert wird.

So wie die Richtlinien für Gemeindewohnungen gestaltet sind, werden sie die Wohnsituation von anerkannten Flüchtlingen noch einmal massiv verschärfen. Die fünf Jahre Wartezeit, um sich überhaupt für eine Gemeindewohnung vormerken zu können, also die tatsächliche Wartezeit ist ja noch einmal länger, ist ja gerade für geflüchtete Menschen, die alle ihre Ersparnisse in den allermeisten Fällen bei der Flucht aufgebraucht haben und hier in Österreich bei Null anfangen müssen, viel zu lange.

Gerade in der ersten Zeit sind Flüchtlinge auf leistbaren Wohnraum angewiesen. Und, um das jetzt aber noch einmal inhaltlich richtigzustellen, weil es auch wirklich im Bericht, glaube ich, nicht richtig dargestellt wurde, auch nach den fünf Jahren haben anerkannte Flüchtlinge, so wie die Richtlinien jetzt sind, de facto keinen Anspruch mehr auf eine Gemeindewohnung. Das liegt daran, dass sie nur noch anspruchsberechtigt sind, wenn sie auf den Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt EU“ umsteigen, ja. Und wenn man sich anschaut, was die Voraussetzungen für diesen Titel sind, für diesen Aufenthaltstitel, ist das erstens Sprachniveau B1, ist das eine ortsübliche Wohnsituation, ist das ein gesicherter Lebensunterhalt. Und gesicherter Lebensunterhalt bedeutet in dem Kontext für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern, dass man € 1.600 zur Verfügung hat, nachdem man schon die Miete und andere Fixkosten beglichen hat. Also, das ist eigentlich ein recht hohes Einkommen, was man da zur Verfügung haben muss.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Wutte, MA:

Das heißt, dass die Menschen mit weniger Bildung und weniger Ressourcen, die diesen Umstieg auf diesen Aufenthaltstitel einfach nicht schaffen werden, auch nach fünf Jahren keinen Anspruch auf Gemeindewohnungen haben werden. Und das sind aber die Menschen, die eine Gemeindewohnung brauchen würden, ja. Weil die, die gut Deutsch sprechen, eine Arbeit haben und eine relativ gute Wohnung haben, die werden in den meisten Fällen nicht für eine Gemeindewohnung ansuchen.

Wenn man sich also dieses Stück im Detail anschaut, muss ich sagen, es ist erschreckend, es trägt ganz klar die rassistische Handschrift der FPÖ.

Unverständliche Zwischenrufe (Applaus)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Erteile einen Ordnungsruf!

Gemeinderätin Wutte, MA:

Und ich muss euch zugestehen...

Unverständliche Zwischenrufe (Applaus)

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ja, ja, ja. Nein, danke, ich möchte jetzt noch weiterreden, ja. Ich habe aber auch etwas Positives, ansatzweise Positives zu sagen. Ich finde nämlich, dass ihr von der FPÖ da wenigstens ehrlich seid. Ihr sagt, wir wollen keine Ausländer in den Gemeindewohnungen. Von der ÖVP höre ich hingegen die ganze Zeit, nein, die fünf Jahre gelten eh für alle gleichermaßen, da sind ja Flüchtlinge nicht benachteiligt. Nur das stimmt einfach nicht, wenn man sich die Richtlinien anschaut. Und ich finde, das ist für uns als Menschenrechtsstaat tatsächlich ein Armutszeugnis, dass diese Politik jetzt umgesetzt wird. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Stadträtin Kahr.

Stadträtin Kahr:

Meine VorrednerInnen haben schon einige Punkte genannt, die richtig sind. Vor allem, was der Karl Dreisiebner gesagt hat, dass eine Richtlinienänderung oder eine Debatte über ein Regelwerk, wer kommunalen Wohnraum bekommen soll oder nicht, eine sorgfältige Herangehensweise braucht. Und nicht von ungefähr hat das auch die ÖVP immer so gemacht, ihr wisst es, euer Stadtrat Stoiser, wenn ihr euch noch erinnern könnt, hat aus gutem Grund damals, erstmals in Graz, um auch wegzukommen von diesem parteipolitischen Einfluss in die Vergaberichtlinien, den Professor Gasser-Steiner damals das erste Mal beauftragt. Und wir haben immer in regelmäßigen Abständen, sowohl mein Kollege Ernest Kaltenegger als auch ich, nach gewissen Jahren ihn sozusagen beauftragt, drüberzuschauen, passen sozusagen aufgrund der Einkommenskriterien, aufgrund der Bevölkerungsstruktur, auf die Menschen, die zu uns kommen?

Und man muss immer denken, bis 2006 war ja die Zuweisung für Gemeindewohnungen nur für EU-Bürger, Konventionsflüchtlinge und ÖsterreicherInnen zulässig. Erst ab 2006, wenn Sie sich noch erinnern, war der Zugang für Gemeindewohnungen auch für Daueraufenthaltsberechtigte durch diese EU-Bestimmung, die ja damals auch, das muss ich jetzt auch sagen, von euren FPÖ-Kollegen mitbeschlossen wurde und im Nationalrat dann in nationales Recht umgesetzt worden ist. Und ist eine vierte Gruppe dazugekommen, die Daueraufenthaltsberechtigten.

Von denen hier gesagt wird, dass die ja, was die Kollegin Wutte richtig gesagt hat, da sind die Hürden, um die überhaupt zu bekommen, sehr, sehr hoch. Die sind eigentlich immer die Familien, Leute aus Ex-Jugoslawien, ob das jetzt Bosnier, Serben oder so weiter waren, die eigentlich da schon jahrzehntelang, eigentlich eh schon lang schöpfen, gut Deutsch können und eigentlich wir immer im Wohnungsamt, und Kollege Stadtrat Eustacchio wird das auch von den KollegInnen, wenn er spricht mit ihnen, auch erfahren, dankbar und froh waren, dass die in unseren Gemeindewohnhäusern waren, weil die eigentlich sehr für die Stabilität in Wohnhäusern gesorgt haben. Denen das eben nicht wurscht war, wie es in einem Haus rundgeht, die auch auf Sauberkeit geachtet haben, die auch auf Nachbarschaftsbeziehungen sehr geachtet haben. Und das ist ein Prinzip von Gemeindewohnungen immer gewesen. Jede Stadt und Kommune ist gut beraten, die Richtlinien auch so zu gestalten und vom Zugang her, dass ich nicht nur die Allerärmsten der Ärmsten habe, sondern auch Menschen, die mittlere Einkommen haben, noch den Zugang ermögliche.

Weil, sonst schaut euch Städte in Europa an, wo man sozusagen nur mehr, und deswegen reden so viele nur mehr von Sozialwohnungen, ich spreche nie von Sozialwohnungen, das werden Sie nie gehört haben, ich habe immer gesagt, Gemeindewohnungen. Weil es ist ein großer Unterschied, ob ich die Menschen in Wohnhäusern, auf Perspektive in Graz wird das nicht so schnell die Gefahr sein, weil wir eh noch eine gute Durchmischung haben, auch durch Altmieten. Aber, wenn man diesen Weg kontinuierlich geht, sind wir irgendwann einmal dort, dass wir Ghettos schaffen.

Wenn man sozusagen dieser Logik folgt...

Unverständlicher Zwischenruf

Stadträtin Kahr:

Das meinen Sie aus anderen Gründen. Aber das viel Wichtigere ist, und das sage ich jetzt ganz wertfrei, weil ihr habt eure Haltung, ihr sagt klar, wir wollen eigentlich gar keine Ausländer am liebsten drin haben, das ist auch eine Haltung. Wir sehen das anders. Menschen, die hier leben und arbeiten, müssen sozusagen integriert werden, weil sonst gehen wir einen Weg wie...

Also, um den sozialen Zusammenhalt zu haben, glaube ich, ist das ein richtiger Weg. Aber ungeachtet dessen, trifft ihr mit diesen Richtlinien, und ihr werdet das sehen in ein paar Jahren, die eigenen Leute, wie ihr das nennt, also die autochthonen Österreicher und Österreicherinnen aus vielerlei Gründen, auf der einen Seite und die Kolleginnen und Kollegen, die mit der Caritas viel zusammenarbeiten, auch mit den Not- schlafstellen und so weiter, wissen das.

Die Vinzenzgemeinschaft hat einen großartigen Bericht, schauen Sie sich das vom letzten Jahr an, rausgegeben, von den Notunterkünften im Vinzi-Tel, da sind zu 2/3 der Leute aus Graz-Umgebung und aus Umlandgemeinden. Oder auch im Frauenhaus oder im Frauenwohnheim. Warum? Weil sie in der Steiermark kaum, also eigentlich die kannst an der Hand abzählen, und wenn, sind es meistens kirchliche oder kirchen- nahe Einrichtungen. Aber es gibt so wenig Notunterkünfte, wo, wenn Gewalt in der Familie ist, wenn Scheidung da ist, wenn ich von heute auf morgen nicht weiß wohin, weil ich von einer Wohnung rausgeschmissen wurde, nicht nur wegen einem Miet- rückstand, sondern weil ein Haus abgerissen wird oder wie immer. Die wissen dann nicht wohin und ziehen nach Graz. Jetzt wenn die vorher aber nicht fünf Jahre ge- wohnt haben, dann werden die mit ihrem geringen Einkommen oder Bezug fünf Jahre warten müssen. Das ist ja unlogisch. Hinzu kommt zum Beispiel auch, dass man das mit der Berufstätigkeit angehoben hat.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Bitte zum Ende kommen.

Stadträtin Kahr:

Ich kürze es ab. Ich sage nur ein Argument noch. Ich möchte es nur einfach verteidigen, weil ich habe das wirklich jetzt so lange gemacht und ich weiß das auswendig. Wenn Sie mir eine Situation schildern, kann ich Ihnen sagen, wie viele Punkte und wie das alles sein wird. Und ich habe immer gemerkt, dass sich zuwenig eigentlich die Mandatarinnen, das soll jetzt kein Vorwurf sein, aber wirklich genau beschäftigen mit dem „Wie wirken die Situationen“. Und es hat halt, wie in jedem Bereich, das ist wurscht, ob das Verkehr, ob das Soziales, ob das andere Sachen sind, muss man sich mit einer Materie wirklich beschäftigen, um Auswirkungen erkennen zu können.

Und Lehrlinge zum Beispiel, die haben auch früher...

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustachio:

Elke, bitte. Jetzt ist...

Stadträtin Kahr:

...selbst wenn er aus Frohnleiten war, der ist nach Graz hergezogen, hat eine Arbeit gekriegt, hat auch ansuchen können um eine Wohnung. Und das haben wir da gemeinsam beschlossen, aus gutem Grund. Weil wir haben wollten, dass die Leute nicht pendeln und sozusagen da ihr Zuhause finden. Und sagen Sie mir, wie ein Lehrling da in Graz bei den privaten Wohnungen eine Wohnung schnell finden soll.

Es gäbe da noch viel zu sagen. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Weitere Wortmeldungen? Thomas Rajakovics, bitte.

Gemeinderat Rajakovics:

Jetzt glaube ich, dass ich auch ein bisschen Erfahrung im Sozialbereich habe und auch eine zeitlang da gearbeitet habe, wo auch die Kollegin arbeitet. Elke, du hast jetzt genau das gesagt, was Sache ist und wo ich ganz vieles unterstreichen kann. Aber es ist genau der Grund, warum wir eigentlich gesagt haben, die fünf Jahre sind angemessen. Wenn immer nur die Stadt Graz das Auffangbecken für alle Probleme ist, weil wir die Angebote machen, sei es die SozialCard, nein, da bleibe ich natürlich nicht in Fohnsdorf oder in Bad Gams als Flüchtling, weil da habe ich mehr davon, wenn ich als Konventionsflüchtling nach Graz hereinkomme. Weil da habe ich neben der Mindestsicherung auch noch die SozialCard. Und vielleicht auch noch die Gemeindewohnung. Das ist ja der Grund, warum die Stadt Wien so ein Problem hat, dass Konventionsflüchtlinge in erster Linie einmal nach Wien kommen, eh Graz auch passieren, weil sie da 14-mal die Mindestsicherung bekommen.

Warum Leute auch nachweislich sogar einen Arbeitsplatz verlassen, irgendwo in der Region, und nach Wien ziehen, weil es besser ist. Das ist so. Das muss man ansprechen und der Grund...

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Rajakovics:

...und der Grund...

Nein. Nein. Ich möchte dazu sagen, ihr habt auch die SozialCard... (*unverständlich*)

Und das Gleiche ist, x-mal habe ich darauf hingewiesen, dass es am Land, draußen in den Bezirken, keine ordentlichen Sicherungsmaßnahmen gibt, wenn jemand wohnungslos wird.

Und dass es automatisch immer heißt, das muss die Stadt Graz machen. Das Land pfeift darauf, uns dafür auch nur einen Cent zu geben, sondern es wird aus den Einnahmen, die die Grazerinnen und Grazer der Stadt gewähren, werden wir großzügig nach Graz-Umgebung, der Deutschlandsberger usw.

Deshalb ist fünf Jahre weder gegen Ausländer noch gegen sonst irgendwen gerichtet, sondern fünf Jahre ist gemeint, dass wir in erster Linie jene unterstützen wollen, und das war auch die Intention von Gemeindewohnungen, die in Graz leben und aus welchen Gründen auch immer sich eine Wohnung nicht so leicht leisten können. Und nicht mehr und nicht weniger ist es. (*Applaus*)

Das ist weder sozial ungerecht noch weniger treffsicher oder es trifft jemanden, der jetzt hier lang lebt und das Punktesystem wäre geändert worden. Muss ich jetzt viel mehr Geld verdienen? Das trifft ja alles nicht zu. Die Regeln, wer es bekommt, sind die gleichen. Der Unterschied ist, dass du fünf Jahre in Graz gelebt haben musst, in Graz angemeldet gewesen sein musst. Damit genau das nicht passiert, dass Leute kommen und glauben, weil in Schladming keiner sich darum kümmert, was ist, wenn einer wohnungslos wird, dann gehe ich nach Graz, weil da kriege ich nach einem Jahr eine Gemeindewohnung.

Das ist es, was wir als Signal nach draußen senden. Wenn das Land Steiermark sagt, wir können da eine großzügige Förderung geben, dann kann man auch als Stadt Graz, wenn man da hier, was weiß ich, einen Zuschuss kriegen für 2.000 Gemeindewohnungen, dann kann man über eine andere Regelung wieder nachdenken.

Dann kann man sagen, ja vielleicht sind 2 Jahre dann auch genug? Aber solange das Auffangbecken, das soziale, für die Steiermark Graz ist und wir aber dafür vom Land nichts kriegen, im Gegenteil, auch bei vielen Maßnahmen, die wir setzen, wie Schulsozialarbeit usw., wir waren die, die es vorgemacht haben und wie es die Steiermark eingeführt hat, wollten sie im ersten Entwurf drinnen haben, alle Bezirke kriegen Schulsozialarbeiter, nur die Stadt Graz nicht, die kann es eh selber zahlen. Weil wir es als Beispiel gemacht haben, dass es notwendig ist. Und bei vielen Dingen ist die Stadt Graz Vorreiter. Sie zieht natürlich auch dann Menschen an, die die Probleme haben und das Land Steiermark oder auch der Bund, je nachdem, wer zuständig ist, weil für Konventionsflüchtlinge könnte auch der Bund irgendwelche Starthilfen für Wohnungen schaffen, muss ja nicht die Gemeinde sein und schon gar nicht die Gemeinde, wo der Flüchtling lebt bis zur Anerkennung. Warum soll der Konventionsflüchtling von der Stadt Graz dann eine Förderung und einen leichteren Zustieg...

Zuständig für das Asylverfahren ist der Bund und das Land und die sollen sich auch gefälligst kümmern, wenn der anerkannt ist, dass ein bisschen was weitergeht. Dass er vielleicht eine Förderung kriegt, dass er in eine normale Wohnung auch einsteigen kann. Es ist nicht die, in erster Linie, die Aufgabe der Stadt Graz, die Versäumnisse der Sozialsysteme der übergeordneten Gebietskörperschaften wie Bund und Land zu ersetzen. Wir wollen, dass Gemeindewohnungen oder auch Leistungen, die die GrazerInnen einzahlen, damit es Leuten, die in Graz leben, aber vor allem einmal schon länger leben, dass die in erster Linie einmal einen Zugang bekommen dazu und dass es für diese Leute auch einen Platz gibt.

Und auch deshalb, weil man annehmen kann, das hast du gerade unterstrichen, Elke, wie wichtig die Durchmischung ist. Über das haben wir ja oft gesprochen. Weil man annehmen kann, dass wenn jemand schon länger in Graz lebt, manche Probleme nicht so groß sind, wenn er schon fünf Jahre da lebt, er vielleicht von der Mülltrennung, und, und, und vieles einfach anders kennt und daher im Haus sich leichter integriert und daher weniger Schwierigkeiten auftauchen.

Das ist der Grund, warum wir kein Problem damit haben, dass die fünf Jahre Wartezeit ist. Und sie trifft alle ganz gleich. Für uns ist es wichtig, dass jemand länger sich in Graz aufhält und dann die Vergünstigungen bekommt, die die Stadt Graz ihm bieten kann. Nicht mehr und nicht weniger und wir streichen für niemanden irgendwelche Möglichkeiten. Es gibt nicht irgendwo weniger Wohnungen. Es gibt keine Erhöhung von Gehältern, das gibt es nicht. Diese Aufregung verstehe ich wirklich überhaupt nicht. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Noch einmal?

Stadträtin Kahr:

Ja. Weil ich nicht alles gesagt habe vorher.

Weil den wichtigsten Punkt habe ich noch vergessen.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Zweimal glaube ich nicht, Elke. Nein.

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Kahr:

Wir haben uns erst einmal gemeldet und ich melde mich, ich gebe eh bekannt, dass ich mich...

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Nein, pro Person bezogen, zwei.

Zwischenruf von unbekannt: Zwei verschiedene Personen?

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Nein, eine Person darf sich zweimal melden. Passt schon.

Nein, nein. Passt schon.

Stadträtin Kahr:

Wir sind uns da eh einig bei uns. Ich möchte nur noch einen Punkt auch zu bedenken geben. Weil, da könnte man noch zu den Richtlinien viel sagen. Aber ihr habt auch eines gemacht und da frage ich dich jetzt auch Thomas, warum? Weil wir sind da drüben gesessen im Bürgermeisterbüro letztes Jahr, wie wir um die Wohnbeihilfe im Land diskutiert haben, und dass das nicht gescheit ist, die Familienbeihilfe zum Einkommen zu rechnen. Ihr werdet sehen, es wird Alleinerziehende, Familien, autochthone Österreicher treffen, dass sie die Einkommenspunkte in der Höhe nicht erreichen. Das Einzige, was positiv ist, das muss ich sagen, dass für zwei Personen die Punkteanzahl reduziert wird, weil alle anderen werden die 112 Punkte nicht erreichen. Noch einmal: Familienbeihilfe ist ein großes Problem, dass ihr die jetzt einberechnet. Das, was wir zurecht damals kritisiert haben, dass es bei der Wohnbeihilfe nicht einberechnet wird, wird jetzt zum Nettoeinkommen die Familienbeihilfe dazu gezählt.

Unverständliche Zwischenrufe

Stadträtin Kahr:

Nein. Die Familienbeihilfe ist nicht, und zwar ist sie nur dann, das ist eben, wenn man sich beschäftigt, sie ist dann vor Zuweisungen einer Gemeindewohnung einberechnet worden. Damit man Angebote geben kann, weil es ja die Grundregel gibt, dass Miete, Betriebskosten und Heizung nicht mehr wie ein Drittel ausmachen soll. Und damit man mehr Angebote geben kann, hat man vor der Zuweisung noch einmal das Einkommen herangezogen und die Familienbeihilfe auch eingerechnet. Aber nicht beim Ansuchen selbstverständlich. Weil wenn du das dazurechnest, wenn du jetzt zwei Kinder hast, alleinerziehend zwei Kinder und du rechnest die Familienbeihilfe dazu, steigt dir das Gesamteinkommen und dadurch kriegt die Familie oder die Alleinerziehende weniger Punkte fürs Einkommen. *(Applaus)*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es noch den Bedarf, etwas zu sagen? Dann bitte ich den Antragsteller zum Schlusswort.

Gemeinderat Mogel:

Dankesehr. Grundsätzlich ist eh alles gesagt worden. Danke noch einmal, Thomas Rajakovics. Du hast in Wahrheit das noch einmal zusammengefasst, was wir uns ja auch im gemeinsamen Erarbeiten dieses Themas vorher überlegt und gedacht haben. Liebe Frau Stadträtin Kahr! Mir ist es aber auch so vorgekommen, dass das Einkommen, dass hier die Kinderbeihilfe schon hineingerechnet worden ist, weil ja sonst die Wohnungen gar nicht vergeben werden konnten.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderat Mogel:

Gerade bei größeren Familien ist es ja so, nicht? Bei den größeren Familien war es ja sowieso so, dass die Punkte ja im Normalfall sowieso einbehalten waren. Deswegen ist ja auch dann...

unverständlicher Zwischenruf von Stadträtin Kahr

Gemeinderat Mogel:

Deswegen haben wir ja die Überlegungen auch gehabt, dass wir hier die Punkte zum Teil reduzieren. Also das wurde grundsätzlich berücksichtigt, diese ganzen Überlegungen. Danke. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gut. Ich danke für die Ausführungen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. Ich bitte um die Gegenstimmen. Ja, Gegenstimmen, ja. Sie können ruhig...

Gut, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden. (*Applaus*)

Gratuliere.

Der Tagesordnungspunkte wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ, Grünen, SPÖ, Neos angenommen.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wir befinden uns damit im nicht öffentlichen Teil. Ich bitte die...

Unverständliche Zwischenrufe

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wie, Holding Graz? Habe ich was überlesen? Entschuldigung!

Achja, Entschuldigung. Ich war zu vorschnell, pardon. Wir sind bei Punkt 17 und ich bitte Gemeinderat Schwindsackl, das Stück zu präsentieren.

**L.4.7) Stück Nr. 17, GZ: A 8-20081/2006-181 und A 8-21515/2006-221
Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH
Änderung diverser organisatorischer Regelungen für den Vorstand und
den Aufsichtsrat; Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gemäß
§ 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Umlaufbeschluss
Berichterstatte: Gemeinderat Schwindsackl**

Gemeinderat Schwindsackl:

Herr Vizebürgermeister! Werte Stadtregierung! Geschätzte Damen und Herren! Zuseher sind auch noch da, willkommen! Bei diesem Stück geht es vor allem darum, betreffend Holding Graz, Änderung diverser organisatorischer Regelungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat und 2. Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz. Erster Punkt: Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege, das wäre der erste Punkt, den ich noch genauer detaillieren werde. Und zweitens Änderung diverser organisatorischer Regelungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Gemäß § 87 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967 ist es erforderlich, dem Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH, Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler, die Ermächtigung zur Unterfertigung des Umlaufbeschlusses durch den Gemeinderat zu erteilen. Ich bitte also jetzt den Antrag kurz vorzubringen. Folgende Punkte sind vorgesehen:

1. die Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege und
2. eben Zustimmung zur Beschlussfassung betreffend die Änderung im Aufsichtsrat und Vorstand. Dieser teilt sich jetzt unter in drei Punkte:
 - a) Jährlicher Sponsoring-Bericht:
In Analogie zum jährlichen Subventionsbericht des Magistrats hat die Holding Graz anlässlich jeden Jahresabschlusses zusätzlich einen entsprechenden Sponsoring-Bericht zu erstellen.
 - b) Weiters auch Auskunftsrecht auch an einzelne Aufsichtsratsmitglieder:
Laut GmbH-Gesetz könnte der Vorstand Berichte, die nur von einem einzigen Aufsichtsratsmitglied angefordert werden, verweigern, wenn das Verlangen nicht von einem zweiten Aufsichtsrat unterstützt wird.

Davon abweichend hat der Vorstand der Holding Graz Anforderungsberichte auch von einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern zu beantworten, soweit nicht Interessen des Unternehmens dagegenstehen. Als Anforderungsberichte gelten insbesondere auch externe Studien zu strategischen Themenstellungen.

- c) Letzter Punkt: Regelungen für den Präsidialausschuss des Aufsichtsrates:
Laut Gesellschaftsvertrag könnte der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates theoretisch alle genehmigungspflichtigen Geschäfte im Sinne des § 8 des Gesellschaftsvertrages ohne vorherige Befassung des Gesamtaufichtsrates entscheiden. Davon abweichend wird klargestellt, dass der Präsidialausschuss mit allen Angelegenheiten vorberatend zu befassen ist, er in dringlichen Fällen auch Entscheidungen an sich ziehen kann. Es ist in solchen Fällen stets ein Bericht an den Gesamtaufichtsrat zu erstatten.

Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen. (*Applaus*)

*Gemeinderat Schwindsackl stellt im Sinne der Ausführungen des Motivenberichts namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl Nr. 130/1967, i.d.F. LGBl Nr. 45/2016, beschließen:*

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH sowie der GBG Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH, in beiden StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, mittels Umlaufbeschluss, folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. *Zustimmung zur Beschlussfassung im Umlaufwege gemäß § 34 GmbHG*
2. *Zustimmung zur Beschlussfassung der zu TOP 2 vorgelegten Änderung diverser organisatorischer Regelungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat laut Motivenbericht wie folgt:*
 - a) *Jährlicher Sponsoring-Bericht:*
In Analogie zum jährlichen Subventionsbericht des Magistrats hat die Holding Graz anlässlich jeden Jahresabschlusses zusätzlich zu den bereits bisher erstellten Corporate Governance,- Nachhaltigkeits- und Gender-Berichten auch einen Sponsoring-Bericht zu erstellen und bis spätestens 30.6. des Folgejahres dem Gemeinderat vorzulegen.
 - b) *Auskunftsrecht auch einzelner Aufsichtsratsmitglieder:*
Laut GmbH-Gesetz könnte der Vorstand Berichte, die nur von einem einzigen Aufsichtsratsmitglied angefordert werden, verweigern, wenn das Verlangen nicht von einem zweiten Aufsichtsrat unterstützt wird.

Davon abweichend hat der Vorstand der Holding Graz Anforderungsberichte auch von einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern (im Wege über den Aufsichtsratsvorsitzenden) zu beantworten, soweit nicht Interessen des Unternehmens dagegenstehen. Als Anforderungsberichte gelten insbesondere auch externe Studien zu strategischen Themenstellungen.

- c) *Regelungen für den Präsidialausschuss des Aufsichtsrates:
Laut Gesellschaftsvertrag könnte der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates theoretisch alle genehmigungspflichtigen Geschäfte im Sinne des § 8 Abs 3 des Gesellschaftsvertrages ohne vorherige Befassung des Gesamtaufichtsrates entscheiden. Davon abweichend wird klargestellt, dass der Präsidialausschuss mit allen Angelegenheiten vorberatend zu befassen ist, er in dringlichen Fällen aber auch Entscheidungen an sich ziehen kann; es ist in solchen Fällen stets ein Bericht an den Gesamtaufichtsrat zu erstatten.*

**L.4.7.1) Abänderungsantrag von Gemeinderat Klubobmann Ehmann zu
Stück Nr. 17, GZ: A 8-20081/2006-181 und A 8-21515/2006-221
Holding Graz – Kommunale Dienstleistungen GmbH
Änderung diverser organisatorischer Regelungen für den Vorstand und
den Aufsichtsrat; Ermächtigung für den Vertreter der Stadt Graz gemäß
§ 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Umlaufbeschluss**

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Dankeschön. Mir liegt ein Abänderungsantrag vor. Ich darf Klubobmann Ehmann bitten.

Gemeinderat Klubobmann Ehmann:

Herr Vizebürgermeister! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung! Kolleginnen und Kollegen! Damen und Herren auf der Tribüne! Wir haben zu Punkt d) betreffend das Kopfwerbeverbot einen Abänderungsantrag und zwar, weil wir der Meinung sind, dass die ursprüngliche Version eigentlich die geeignetere wäre oder bleiben sollte, weil wir es nicht für nötig halten, dass wir Betriebe oder quasi Werbungen über Steuergelder faktisch jetzt außerhalb der Parteiwerbungen oder der klassischen Parteiwerbungen für nötig halten und deshalb würden wir das eher so beibehalten und diesbezüglich darf ich den Abänderungsantrag einbringen.

Das vorliegende Gemeinderatsstück soll wie folgt abgeändert werden: Punkt d), das Kopfwerbeverbot, soll unverändert, wie im Gemeinderat am 19. November 2015 beschlossen, in den organisatorischen Regelungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH aufrecht bleiben. Bitte um Zustimmung. (*Applaus*)

*Gemeinderat Klubobmann Ehmann stellt folgenden Abänderungsantrag:
Das vorliegende Gemeinderatsstück soll wie folgt abgeändert werden: Punkt d), das Kopfwerbeverbot, soll unverändert, wie im Gemeinderat am 19. November 2015 beschlossen, in den organisatorischen Regelungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat der Holding Graz - Kommunale Dienstleistungen GmbH aufrecht bleiben.*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Gibt es eine Wortmeldung zum Abänderungsantrag? Dann bringe ich diesen Abänderungsantrag zur Abstimmung. Fürstimmen? Gegenstimmen? Damit ist dieser Abänderungsantrag nicht angenommen.

Der Abänderungsantrag wurde gegen die Stimmen der SPÖ, KPÖ, Grünen, Neos abgelehnt.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Möchte jemand das Wort zum Stück? Klubobmann Dreisiebner, bitte.

Gemeinderat Klubobmann Dreisiebner:

Nicht viel. Nicht mehr, nicht weniger als das Ersuchen um getrennte Abstimmung bei den verbleibenden, nachdem der Abänderungsantrag leider gescheitert ist, drei Punkten a), b) und c). Wir können a) und b) sehr wohl gut zustimmen, also dem jährlichen Sponsoring-Bericht natürlich auch Auskunftsrechtsregelung für die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder.

Punkt c) werden wir nicht zustimmen, wollen wir nicht zustimmen, da die Regelungen jetzt in der Neufassung zu einer Aufweichung bzw. zu einer Zuspitzung in Richtung der Rechte des Präsidialausschusses im Vergleich zur vorherigen Version, die bis jetzt Gültigkeit hat, für uns darstellen und wir die Notwendigkeit dazu nicht sehen, dass alles vom Präsidialausschuss verpflichtend vorzubereiten ist und dass das nicht nur in Bereichen passieren muss, wo Gefahr im Verzug oder Ähnliches ist. Aber ihr erkennt sicherlich den Vergleichstext von damals. In der Folge werden wir natürlich auch dem Gesamttext nicht zustimmen können, nachdem das Kopfverbot gefallen ist und ich auch annehmen muss, dass ihr dieser Mehr-Macht-Zuführung des Präsidialausschusses auch die Mehrheit erteilen werdet. (*Applaus*)

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann bringe ich das Stück zur Abstimmung, wobei die Punkte a), b), c) separat abgestimmt werden. Und das Gesamtstück muss ich dann auch separat? Weil die a)-b)-c)-Geschichte ist ja nur ein Teil. Dann machen wir es einmal so. Ich bringe Punkt a) des Stückes „Jährlicher Sponsoringbericht zur Abstimmung“. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Machen wir es umgekehrt. Ja, das ist die Mehrheit. Ist angenommen.

Punkt a) des Tagesordnungspunktes wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPÖ angenommen.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Setze fort, Punkt b). Fürstimmen?

Das ist abermals die Mehrheit.

Punkt b) des Tagesordnungspunktes wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der SPÖ angenommen.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Punkt c). Sicherheitshalber die Gegenprobe. Punkt c) ist mit Mehrheit angenommen.

Punkt c) des Tagesordnungspunktes wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ, Grünen, SPÖ, Neos angenommen.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Jetzt muss ich das gesamte Stück noch?

Zwischenruf von unbekannt: den Rest.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Den Rest, gut. Dann bringe ich den Rest des Stückes zur Abstimmung. Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist die Mehrheit, damit ist das Stück angenommen. Ich danke.

Der Tagesordnungspunkt wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der Grünen, SPÖ angenommen.

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Wir kommen zu Punkt 19 und ich bitte Gemeinderat Hötzl, das Stück einzubringen.

L.4.8) Stück Nr. 19, GZ: A 8 – 18345/06-119

Universalmuseum Joanneum GmbH, Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2016 und Wechsel im AR; Stimmrechtsermächtigung in der Generalversammlung gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967; Berichterstatter: Gemeinderat Hötzl

Gemeinderat Hötzl:

Ja, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Werte Kollegen! Ich mache mich jetzt beliebt, indem ich es ganz kurz mache. Es geht um das Universalmuseum Joanneum, um eine Stimmrechtsermächtigung für den Herrn Finanzstadtrat Dr. Riegler, Jahresabschluss und Änderung im Aufsichtsrat. Es sei erwähnt, dass das Kunsthaus als Profitcenter geführt wird. Sämtliche Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen und auch Soll-Ist-Vergleich vom Kunsthaus zumindest liegt dem Stück bei. Aufgrund dessen, dass die K&E Wirtschaftsprüfung den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, weil eben nichts Auffälliges ist und alles ordentlich Buch geführt wurde, empfehlen wir dem Herrn Dr. Riegler die Zustimmung oder erteilen wir ihm die Erlaubnis zur Zustimmung.

Änderung im Aufsichtsrat ist Land- und Stadt vertreten. In der Stadt, aufgrund der Gemeinderatswahl, gibt es eine Änderung. Nämlich Christoph Binder und Michael Grossmann werden abberufen und Christian Lagger und Claudio Eustacchio werden einberufen in den Aufsichtsrat. Ich bitte um Annahme.

*Im Sinne des vorstehenden Motivenberichtes stellt Gemeinderat Hötzl namens des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen, Immobilien sowie Wirtschaft und Tourismus den **Antrag**, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. Nr. 130/1967, i.d.F. LGBl Nr. 45/2016, beschließen:*

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Universalmuseum Joanneum GmbH, StR Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, in der Generalversammlung, welche am 24.7.2017 abgehalten wird, folgenden Anträgen zuzustimmen:

- 1. Ad TOP 2 - Zustimmung zur Tagesordnung*
- 2. Ad TOP 3 - Zustimmung zur Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zum 31.12.2016 inkl. Kostenzuordnung Profitcenter Kunsthaus*
- 3. Ad TOP 4 - Zustimmung zur Entlastung des Geschäftsführers sowie der Aufsichtsräte für das Geschäftsjahr 2016*
- 4. Ad TOP 5 - Wechsel im Aufsichtsrat
Zustimmung zur Abberufung der von der Stadt Graz in den Aufsichtsrat der Universalmuseum Joanneum GmbH entsandten Mitglieder
HR Dr. Christoph Binder
GR Michael Grossmann*

Zustimmung zur Wahl der folgenden Personen als Vertreter der Stadt Graz für den Aufsichtsrat der Universalmuseum Joanneum GmbH genannten Personen

*Mag. Dr. Christian Lagger
Mag. Claudio Eustacchio*

Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Eustacchio:

Danke. Gibt es zu diesem Stück Wortmeldungen? Bitte, Frau Gemeinderätin Wutte.

Gemeinderätin Wutte, MA:

Ich fasse mich ganz kurz, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit. Wir stimmen der Besetzung des Aufsichtsrates, so wie es jetzt geplant ist, nicht zu, weil die Frauenquote nicht erfüllt ist.

Unverständlicher Zwischenruf

Gemeinderätin Wutte, MA:

Nur um auch klarzustellen, dass da keine anderen Motive eine Rolle spielen, aber wir wollen, dass die da eine Rolle spielen. Ja, und deswegen wollen wir auch getrennte Abstimmung von dem Punkt beantragen. Danke. (*Applaus*)

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Nagl übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Mag. Nagl:

So, meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf den Vorsitz wieder übernehmen. Es ist jetzt getrennte Abstimmung gewünscht. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung. Gut, dann stimmen wir ab. Wir haben vier Tagesordnungspunkte. Ich glaube, darum geht es der Frau Kollegin.

Die Zustimmung zur Tagesordnung, Punkt 1. Gibt es da einen Einwand? Das ist nicht der Fall.

Unverständlicher Zwischenruf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Bitte? Pardon. Die KPÖ ist dagegen.

Unverständlicher Zwischenruf

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ihr seid gegen alle Punkte, gut.

Punkt 1 des Tagesordnungspunktes wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.

Unverständliche Zwischenrufe und allgemeines Lachen

Bürgermeister Mag. Nagl:

Ist das Tagespensum noch nicht erfüllt?

Zweiter Tagesordnungspunkt: TOP 3 – Zustimmung zur Feststellung des geprüften Jahresabschlusses inkl. Kosten Profitcenter Kunsthau. Gibt es neben den Kommunisten noch jemanden, der dagegen ist? Das ist nicht der Fall.

Punkt 2 des Tagesordnungspunktes wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.

Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 3 – Ad Top 4: Zustimmung zur Entlassung des Geschäftsführers sowie des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2016. Gibt es hier eine Gegenstimme, mit Ausnahme der KPÖ? Das ist auch nicht der Fall.

Punkt 3 des Tagesordnungspunktes wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.

4. Ad TOP 5 – Wechsel im Aufsichtsrat: Zustimmung zur Abberufung der von der Stadt Graz in den Aufsichtsrat Universalmuseum Joanneum GmbH entsandten Mitglieder Herrn Dr. Christoph Binder und Gemeinderat Michael Grossmann; Zustimmung zur Wahl der folgenden Personen als Vertreter der Stadt Graz für den Aufsichtsrat, das sind Mag. Dr. Christian Lagger und Mag. Claudio Eustacchio. Gibt es hier noch jemanden, der dagegen stimmt, mit Ausnahme der KPÖ? Das sind die Sozialdemokraten, das ist der Herr Swatek und das sind die Grünen. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Damit ist die Mehrheit gegeben.

Punkt 4 des Tagesordnungspunktes wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ, Grünen, SPÖ, Neos angenommen.